

ERFOLGE 2023 (Stand: 18.12.2023)

KLIMA UND ENERGIE

Mutiges Klimabudget, das allen hilft [Budget, 18.10.2023]

Seit wir Grüne mitregieren, haben wir das Klimabudget in Österreich vervierfacht. Während andere Länder beim Klimaschutz sparen und ihre Klimaziele zurückschrauben, schauen wir Grüne mutig nach vorne. Wir bauen das Klimabudget 2024 ein weiteres Mal aus und gehen den eingeschlagenen Weg in Richtung Klimaneutralität weiter. Wir sehen bereits jetzt: Dieser Einsatz zahlt sich aus. Allein 2023 konnten wir in Österreich den CO₂-Ausstoß um 6,4 % senken – gleichzeitig ist die Wirtschaft um rund 5 % gewachsen. Damit beweisen wir: Wirksamer Klimaschutz und eine starke Wirtschaft sind kein Widerspruch – mit g'scheiten Investitionen geht beides. Wir sorgen dafür, dass die Menschen mit uns gemeinsam das Klima schützen können. Wo es mehr kostet, unterstützen wir mit umfangreichen Förderungen. Wo es eine neue Technologie braucht, fördern wir ihre Entwicklung. So kurbeln wir die Konjunktur an, schaffen und sichern Arbeitsplätze. Das ist gut für die Menschen in unserem Land, die Wirtschaft, unser Klima und die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder.

Energieeffizienzgesetz [01.06.2022]

Wir Grüne haben hart dafür gekämpft: Das Energieeffizienzgesetz wurde im Parlament beschlossen. Das ist die rechtliche Grundlage, mit der bis 2030 in Österreich 18 % weniger Energie verbraucht wird. Wir setzen damit einen weiteren Schritt im Klimaschutz, für dauerhaft niedrigere Energiekosten und für unsere Unabhängigkeit von schmutzigen Gas- und Öl-Importen. Mit ihrer Klimaschutz-Blockade hätten SPÖ und FPÖ dieses wichtige Gesetz beinahe verhindert. Österreich hätten Millionenstrafen an die EU und weit höhere Schäden für Mensch und Umwelt gedroht. Wir wenden diesen schlimmen Schaden ab. Unter Hochdruck konnten wir ein Gesetz abändern und mit einfacher Mehrheit beschließen. Klar ist auch: Mit ihrer Blockade verhindern SPÖ und FPÖ ein noch besseres Gesetz. Nur mit einer Zweidrittelmehrheit hätten u.a. auch die Bundesländer zu eigenen Einsparzielen verpflichtet werden können.

17 Millionen Euro für Energieforschung [OTS 29.12.2022]

Auf dem Weg zur Klimaneutralität 2040 sind Energieinnovationen „Made in Austria“ gefragt. Mit seinem Energieforschungsprogramm unterstützt der Klima- und Energiefonds österreichische Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei der Entwicklung neuer und besserer klimafreundlicher Technologiegenerationen. Ziel ist es, den Innovationsstandort Österreich zu stärken sowie Exportchancen für die

heimische Wirtschaft zu verbessern. Insgesamt stehen 17 Millionen Euro für das Programm zur Verfügung, dotiert aus den Mitteln des Klimaschutzministeriums (BMK). Im Fokus der diesjährigen Ausschreibung steht der Ausstieg aus fossiler Energie durch die Verwendung von erneuerbarem Wasserstoff in der Industrie sowie durch die Neu- und Weiterentwicklungen von Technologien für die Nah- und Fernwärme. Erstmals werden auch Lösungen zur Klimawandelanpassung von Energieinfrastruktur gesucht, um zukünftige Schäden durch Naturkatastrophen bestmöglich zu verhindern und sich ergebende Chancen zu nutzen.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler: „Um bis 2040 in Österreich klimaneutral zu werden, müssen wir uns von fossilen Energieträgern verabschieden. Und gleichzeitig innovative Forschung vorantreiben. Sie bildet die Grundlage für nachhaltigen Klimaschutz.“

Schnellere Genehmigungsverfahren für Kraftwerke [11.01.2023, Klausur]

Wir führen eine Überholspur für Projekte ein, mit denen wir die Energiewende vorantreiben. Mit der Novelle der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) machen wir Verfahren schneller, einfacher und besser. Unnötige Doppelprüfungen fallen weg. Und wenn ein Bundesland nicht genug Raum für Wind- und Sonnenkraftwerke widmet, kann das UVP-Verfahren auch ohne Widmung beginnen. Das spart viel Zeit – und macht uns noch schneller unabhängig von fossilen Energieträgern.

600 Millionen Euro für Sonnenenergie [11.01.2023, Klausur]

Immer mehr Menschen in unserem Land wollen ihren Beitrag zur raschen Energiewende leisten. Rund 1.300 Gigawatt an neuen Sonnenstrom-Anlagen wurden 2022 in Österreich installiert – deutlich mehr als je zuvor. Wir haben die Rekordförderungen der letzten Jahre noch einmal aufgestockt: 600 Millionen Euro stehen für neue Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern von Privathäusern und Firmengebäuden für das Jahr 2023 zur Verfügung.

Einfachere Förderungen für Photovoltaik [11.01.2023, Klausur]

Wir machen den Bau einer Photovoltaik-Anlage auf privaten Wohnhäusern und Firmengeländen noch einfacher und schneller. Die Förderung kann künftig auch beantragt werden, wenn mit der Errichtung der Anlage bereits begonnen wurde. Die Fristen für die Errichtung der Anlage werden verlängert. Gemeinsam mit dem noch einmal erhöhten Budget sorgt das dafür, dass noch mehr Menschen leichter Zugang zu diesen Förderungen bekommen.

Schnellere Genehmigung für Solaranlagen [11.01.2023, Klausur]

Künftig gibt es nur mehr eine zuständige Behörde, die die Genehmigung für Photovoltaik-Anlagen erteilt. Mühsame Wege von einer Stelle zur anderen entfallen damit. Alte Hürden gehören der Vergangenheit an: Für Photovoltaikanlagen auf versiegelten Flächen braucht es überhaupt keine Genehmigungen mehr. Anträge können nicht mehr nur aufgrund des Orts- und Landschaftsbilds abgelehnt werden. Für all das sorgt das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz.

Sauberes Biogas aus Österreich [15.02.2023]

Das Erneuerbare-Gase-Gesetz ist unser Fahrplan, mit dem wir bis 2030 jedes Jahr 7,5 Terawattstunden Biogas in Österreich produzieren: aus Holzabfällen und Biomüll, ohne zusätzliche klimaschädliche Emissionen. So machen wir den Misthaufen zum Kraftwerk – und setzen einen weiteren wichtigen Schritt für den Klimaschutz und unsere Energieunabhängigkeit. Jahr für Jahr steigt der Anteil von sauberem Biogas, der das heute noch verbrauchte Erdgas ersetzen muss. Dieses Ziel muss auch eingehalten werden: Versorger müssen einen Ausgleich für jede einzelne fehlende Kilowattstunde zahlen. Ein Sicherheitsnetz sorgt dafür, dass die produzierten Mengen auch garantiert abgenommen werden – und sich wichtige Zukunftsinvestitionen auch wirtschaftlich rechnen. **Das Erneuerbare-Gase-Gesetz ging am 15.02.2023 in Begutachtung.**

Sanierungsoffensive ausgebaut [03.01.2023, BMK Medieninfo]

Jedes gut gedämmte Haus ist ein wichtiger Beitrag für unsere unabhängige Energieversorgung. Wir haben die Fördersatzte für die thermische Sanierung von maximal 30 % auf bis zu 50 % angehoben. Auch die Sanierungspauschalen haben wir deutlich erhöht. Das beginnt bereits bei der Einzelbauteilsanierung, für die es jetzt bis zu 3.000 Euro gibt (statt früher 2.000 Euro). Bei einer umfassenden Sanierung auf klimaaktiven Standard gibt es sogar bis zu 14.000 Euro (statt früher 6.000 Euro). So halten wir unsere Häuser und Wohnungen effizient warm. Das spart jede Menge wertvolle Energie – und damit Heizkosten und klimaschädliche Emissionen.

Budget für Sanierungsoffensive ausgebaut [Konjunkturpaket, 17.10.2023]

Wir sorgen dafür, dass wertvolle Energie nicht mehr durch undichte Wände, Fenster, Türen und Dächer in die Luft geheizt wird – und die Menschen in Österreich viel Geld sparen und komfortabler wohnen können. Wir haben den Sanierungsbonus auf 14.000 Euro pro Projekt aufgestockt. Diese Mittel haben wir im Budget 2024 auf 300 Millionen Euro verdreifacht. Unser Motto: Wo eine Wand, da eine Dämmung. Mit diesem Sanierungs-Boom kurbeln wir auch die Bauwirtschaft an und schaffen neue Arbeitsplätze.

Heizungstausch: Rekordförderung [Konjunkturpaket, 17.10.2023]

Mit dem Erneuerbaren-Wärme-Paket machen wir den Heizungstausch so attraktiv, so leist- und machbar für wie nie zuvor. Wir übernehmen Drei-Viertel der Kosten – je nach Heizungsart sind das bis zu 28.000 Euro. Wir erweitern auch das Förderprogramm ‚Sauber Heizen für alle‘ Damit bekommen alle Haushalte im untersten Einkommensdrittel ihre neue, klimafreundliche Heizung zu 100 % gefördert. Das ist weltweit einzigartig, sozial gerecht und gibt dem Klimaschutz einen weiteren großen Schub! Mit uns Grünen in der Regierung wurde das Budget für den Ausstieg aus Öl und Gas bei Heizungen und für thermische Sanierungen um mehr als das Zwanzigfache erhöht.

Neue Gebäude nur mehr klimafreundlich beheizt [15.12.2023]

Wir Grüne machen Tempo bei der Wärmewende! Mit dem Erneuerbare-Wärme-Paket setzen wir einen wichtigen Schritt für den Klimaschutz und unsere Unabhängigkeit von Öl und Gas. Wir verbannen dreckige Kohle-, Öl- und Gasheizungen endgültig aus allen neuen Gebäuden. Alle neu gebauten Gebäude müssen klimafreundlich beheizt werden – egal ob Wohnungsanlage, Einfamilienhaus oder Lagerhalle. Mit massiv erhöhten Förderungen den Umstieg auf klimafreundliche Wärmepumpen, Pellets-Öfen, Fernwärme und Co. für alle Menschen leistbar. Gefördert werden etwa 75 % der Kosten, für Haushalte mit niedrigen Einkommen 100 %. Das Erneuerbare-Wärme-Paket wurde mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit im Nationalrat beschlossen und tritt 2024 in Kraft.

Deutlicher Rückgang bei den Emissionen 2022 [23.01.2023]

Unser konsequenter Klimaschutz der letzten Jahre zeigt messbar Wirkung: Im Jahr 2022 sind die Treibhausgas-Emissionen in Österreich deutlich um rund 5 % zurückgegangen. Im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 ist das eine Reduktion um 7,9 %. Diese Daten beruhen auf einer ersten Prognose des Umweltbundesamts. Für uns ist klar: Damit sind wir noch nicht am Ziel. Deshalb gehen wir den begonnenen Weg mit aller Kraft weiter. Für einen anhaltenden Trend mit jährlich sinkenden Emissionen. Auch 2023 dürften die Emissionen wieder erheblich sinken. Das zeigt eine Prognose des Grazer Wegener Instituts.

Rekordförderung für Sonnenkraft verbessert und ausgebaut [15.03.2023]

Wir starten die nächste Runde im Rekordausbau der Sonnenkraft in Österreich! Mit rund 600 Millionen Euro gibt es heuer so viel Förderbudget wie nie zuvor. Mit neuen Regeln machen wir den Bau der Photovoltaik-Anlage daheim leichter. Für den Start muss nicht mehr auf die Zusage gewartet werden, die Förderung wird erstmals nachträglich möglich. So bringen wir noch mehr Photovoltaik-Anlagen auf die Dächer

in ganz Österreich. Und diese saubere, günstige Energie bringt uns weiter auf dem Weg in eine klimaglückliche Zukunft.

Alle privaten PV-Förderungen genehmigt [20.04.2023]

Heuer haben mehr Menschen denn je einen Förderantrag für ihre private Sonnenstrom-Anlage gestellt – wir können jeden einzelnen Antrag genehmigen! Das betrifft auch alle offenen Anträge aus vergangenen Jahren, die wieder eingereicht wurden. Es ist uns Grünen gelungen: Die alte „Warteschlange“ ist aufgelöst. Damit bringen wir jetzt schnell rund 90.000 neue Sonnenstrom-Anlagen auf die Dächer in ganz Österreich. Und wir liegen voll auf Kurs, den Ausbau-Rekord des vergangenen Jahres nochmals zu übertreffen. Als nächsten Schritt wollen wir die Mehrwertsteuer für kleinere Anlagen streichen. Das hat Klimaschutzministerin Leonore Gewessler dem zuständigen Finanzministerium bereits vorgeschlagen.

Keine Steuer auf PV-Anlagen [Konjunkturpaket, 17.10.2023]

Wir machen sauberen Strom vom eigenen Dach so unkompliziert wie noch nie. Alle privaten Sonnenstrom-Anlagen werden gefördert. Ein Antrag ist nicht mehr notwendig. Das erreichen wir durch eine Streichung der Steuer auf PV-Anlagen und Zubehör. Für private Haushalte, öffentliche und für das Gemeinwohl genützte Gebäude bedeutet das: Null Steuer, Null Bürokratie für 100 % sauberen Sonnenstrom.

Niedrigere Energiepreise, die schneller ankommen [10.05.2023, Paket Inflationsdämpfung]

Bisher wurden Teilzahlungen in der Regel nur einmal im Jahr festgelegt. Das haben wir Grüne geändert: Jetzt hast du das Recht, dass deine Vorauszahlung für die Energierechnung halbjährlich festgesetzt wird. Dein Vorteil: Wenn die Preise sinken oder du Energie sparst, kommt das viel schneller auf deiner Rechnung an. Und nicht erst z.T. erst ein Jahr später als Rückzahlung. Wenn bei dir ein Smartmeter als Stromzähler installiert ist, wird die monatliche Rechnung zum Standard.

Volle Information bei der Wahl des Energieanbieters [10.05.2023, Paket Inflationsdämpfung]

Viele Anbieter liefern Energie zu unterschiedlichen Tarifen. Wir sorgen dafür, dass du den Überblick hast – und den für dich besten Anbieter auswählen kannst. Dafür nehmen wir die Konzerne in die Pflicht. Dein Energieversorger muss dich mindestens einmal im Jahr über alle deine Optionen informieren: ein Ende der Bindung beim selben Anbieter, die Wechselmöglichkeit zu anderen Anbietern und den Tarifikalkulator der E-Control. Und damit dieser immer am letzten Stand ist, müssen alle aktuellen Preise in verbesserter Form laufend dort gemeldet werden.

Energiekonzerne leisten fairen Beitrag [10.05.2023, Paket Inflationsdämpfung]

Wir nehmen die Energiekonzerne in die Pflicht. Ihre Zufallsgewinne werden ab Juni 2023 stärker besteuert. Das ist ein Anreiz, dass niedrigere Preise schneller an dich weitergegeben werden. Am Ende wirst auf jeden Fall du entlastet: Denn die abgeschöpften Zufallsgewinnen finanzieren Maßnahmen, die dich direkt unterstützen, zum Beispiel die Stromkostenbremse. Auch Länder und Gemeinden bekommen einen Teil der Einnahmen, um damit Gebührenstopps zu finanzieren. All das dämpft die Inflation – und macht deine Rechnungen niedriger.

30 Jahre Umweltförderung [22.05.2023]

Der Rückblick auf 30 Jahre Umweltförderung in Österreich zeigt: Seit wir Grüne in der Bundesregierung sind, gibt es um ein Vielfaches mehr Geld für Klima- und Umweltschutz als jemals zuvor. Wir haben bestehende Förderungen zum Teil verzehnfacht. Und wir haben völlig neue Förderungen geschaffen: zum Beispiel für Haushalte mit wenig Einkommen, für die Kreislaufwirtschaft, die klimafreundliche Umstellung der Industrie und viele andere Projekte. So erhöhen wir das Tempo für die Klimawende entscheidend, damit auch unsere Kinder und Enkelkinder eine glückliche Zukunft haben. Das passiert, wenn Grün regiert!

Mehr Geld für Klimaschutz und Energiewende [Konjunkturpaket, 17.10.2023]

Der Klima- und Energiefonds finanziert eine große Bandbreite an Projekten, die uns u.a. bei der Energie- und Mobilitätswende sowie unserem großen Ziel der Klimaneutralität weiter bringen. Wir stellen dafür im Budget 2024 noch einmal 32 Millionen Euro zusätzlich bereit.

Österreichischer Netzinfrastukturplan [07.07.2023]

Österreich hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2040 eines der ersten klimaneutralen Länder zu werden. Schon bis 2030 soll Strom in Österreich zu hundert Prozent aus Erneuerbaren Energien kommen. Damit uns das gelingen kann, legen wir erstmals in der Geschichte Österreichs einen detaillierten Plan vor. Dieser integrierte österreichische Netzinfrastukturplan (ÖNIP) zeigt, wie unsere Energieversorgung in den nächsten Jahren aussehen kann und welche Energieinfrastruktur wir dafür brauchen.

Marktprämien für saubere Energie erhöht [Konjunkturpaket, 17.10.2023]

Wir beschleunigen den Ausbau von sauberer Energie aus Wind, Wasser, Biomasse und Biogas. Dafür heben wir die Höchstpreise der sogenannten Marktprämien an, mit denen die Differenz zwischen den Produktionskosten von Energie aus sauberen Quellen und dem durchschnittlichen Marktpreis für Strom ausgeglichen werden. Das erleichtert die längerfristige Planung beim Ausbau.

Klimaschutz in den Gemeinden [FAG Zukunftsfonds, 22.11.2023]

Klimaschutz beginnt direkt vor der Haustüre. Jede Gemeinde kann dafür einen wertvollen Beitrag leisten. Und auch unsere wertvollen Böden und grünen Wiesen müssen wir dort schützen. Wir unterstützen die Länder und Gemeinden dabei mit zusätzlichen 300 Millionen Euro pro Jahr aus dem Zukunftsfonds – und sie verpflichten sich dafür zu mehr Klima- und Umweltschutz. Die Mittel müssen u.a. in den Ausbau erneuerbarer Energien, mehr Energieeffizienz, nachhaltige Heizungssysteme oder den Ausbau von Öffis investiert werden. Das ist ein wichtiger weiterer Schritt, der uns noch schneller auf dem Weg Richtung Klimaneutralität voranbringt.

Weiteres Rekordjahr für Sonnenstrom [18.12.2023]

Wir Grüne sorgen für das nächste Rekordjahr im Ausbau von sauberem Sonnenstrom: 2023 wurden insgesamt 163.000 neue Anlagen mit einer Leistung von insgesamt 2,8 Gigawatt gefördert. Sie erzeugen im Jahr so viel Strom, wie rund 800.000 Haushalte im Schnitt verbrauchen. Alle rund 154.000 privaten Förderanträge wurden genehmigt, dazu kommen noch einmal fast 9.000 größere Sonnenkraftwerke, die u.a. auf Produktionshallen entstehen. Mit der zugebauten Kapazität in der Höhe von rund 2.840 Kilowattpeak verdoppeln wir den Rekord aus dem Vorjahr noch einmal. Um 2024 zum nächsten Rekordjahr für den Sonnenstrom zu machen, setzen wir die Umsatzsteuer für kleinere private Anlagen jetzt auf null. So wird jedes private Projekt automatisch gefördert – ohne Antrag, ohne Bürokratie.

ENTLASTUNG

Stromkostenbremse Plus: Mehr Geld für große Haushalte [25.01.2023]

Seit 1. Dezember 2022 entlasten wir mit der Stromkostenbremse Haushalte um rund 500 Euro pro Jahr. Das Prinzip: Dein Grundbedarf an Strom wird stark vergünstigt und bleibt leistbar. Für die rund 700.000 großen Haushalte über 3 Personen gibt es mehr Unterstützung: Pro zusätzlicher Person werden noch einmal 105 Euro im von der Stromrechnung abgezogen. Denn mehr Menschen verbrauchen auch mehr Strom.

Gebühren bleiben eingefroren [10.05.2023, Paket Inflationsdämpfung]

Wir frieren die Bundesgebühren ein und leisten damit einen direkten Beitrag zur Dämpfung der Inflation. Reisepass, Personalausweis, Führerschein und viele andere Dokumente werden nicht teurer. Auch die Elektrizitäts- und Erdgas-Abgaben bleiben um 90 % gesenkt – auf das von der EU zugelassene Minimum, wodurch die Menschen in Österreich rund 400 Millionen Euro sparen. Ein Teil der zusätzlich abgeschöpften Zufallsgewinne der Energiekonzerne fließt an Länder und Gemeinden. Damit werden sie dabei unterstützt, auch ihre Gebühren niedrig zu halten. Das betrifft eine große Anzahl an Bereichen: Von Kindergärten und Schulen bis hin zu Wasserversorgung und Müllabfuhr.

Energiekosten-Zuschuss für gemeinnützige Organisationen [06.07.2023]

Genauso wie Haushalte und Betriebe sind auch die gemeinnützigen Organisationen den Belastungen durch gestiegene Energiepreise ausgesetzt. Sie stellen eine massive Herausforderung für Gemeinnützige dar, die sie nicht allein durch Förderungen und Spenden bewältigen können. Mit einem eigenen Energiekostenzuschuss für gemeinnützige Organisationen haben wir nun ein wirksames Instrument zur Abfederung der hohen Energiekosten entwickelt. Wir investieren bis zu 140 Millionen Euro, um Gemeinnützige abzusichern.

Gebührenstopp in Bund und Gemeinden [30.08.2023]

Wir frieren die Bundesgebühren auch für 2024 ein und leisten damit einen direkten Beitrag zur Dämpfung der Inflation. Reisepass, Personalausweis, Führerschein und viele andere Dokumente werden nicht teurer. Wir unterstützen auch die Länder und Gemeinden, ihre Gebühren niedrig zu halten. Das betrifft eine große Anzahl an Bereichen: Von Kindergärten und Schulen bis hin zu Wasserversorgung und Müllabfuhr. Der Bund stellt den Bundesländern genau für diesen Zweck 150 Millionen Euro zur Verfügung. Dafür wird ein Teil der erhöhten Abgaben auf Zufallsgewinne der fossilen Konzerne eingesetzt.

Das soziale Drittel: Rückverteilung Kalte Progression 2023 15.09.2023]

Wir haben die Kalte Progression abgeschafft – damit den Menschen in Österreich am Ende des Monats mehr zum Leben bleibt. Neben der jährlichen Erhöhung aller Sozial- und Familienleistungen haben wir damit eine weitere spürbare Entlastung umgesetzt, die alle Regierungen der letzten Jahrzehnte immer nur versprochen haben. Wir Grüne haben dafür gesorgt, dass diese Entlastung sozial gerecht und für alle spürbar ist: Mit zwei Dritteln werden die Steuerstufen automatisch angehoben. Ein Drittel des Geldes setzen wir für jene ein, die es dringend brauchen. Wir machen aus dem variablen Drittel ein „soziales“ Drittel. 2024 stehen dafür 1,18 Milliarden Euro bereit. Wir finanzieren damit Unterstützungen, von denen ganz besonders niedrige und mittlere Einkommen, Familien mit Kindern und Alleinerzieher:innen profitieren. Die Tarifstufen steigen sozial gestaffelt – ganz besonders stark die untersten 4 Stufen. Und damit auch Menschen profitieren, die kaum oder keine Steuern zahlen – z.B. Alleinerzieher:innen, die Teilzeit arbeiten – passen wir alle negativsteuerfähigen Absetzbeträge um die volle Jahresinflation an.

Kindermehrbetrag auf 700 Euro erhöht [Kalte Progression, 15.09.2023]

Wir setzen einen weiteren wichtigen Schritt im Kampf gegen Kinderarmut und erhöhen den Kindermehrbetrag auf 700 Euro pro Jahr und Kind (statt bisher 550 Euro). Das ist beinahe eine Verdreifachung seit 2022, als es noch 250 Euro gab. Mit der ökosozialen Steuerreform haben wir den Bezieher:innenkreis ausgeweitet. Davon profitieren 60.000 Kinder mehr. Denn jetzt bekommen den Kindermehrbetrag auch Familien, in denen beide Eltern gemeinsam unter 12.000 Euro im Jahr verdienen – früher hatten nur Alleinerzieher:innen einen Anspruch. **Ein Beispiel:** Eine Alleinerzieherin mit zwei Kindern und 1.600 Euro Bruttolohn im Monat erhält allein durch diese weitere Erhöhung des Kindermehrbetrages 300 Euro zusätzlich. Zusammen mit der Erhöhung des Alleinerzieher:innenabsetzbetrages, der Negativsteuer und der untersten Tarifgrenze beträgt die Ersparnis rund 700 Euro im Jahr 2024. Mit der Valorisierung von Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag kommen nochmals 500 Euro dazu. Dazu kommen dann noch die Leistungen aus dem Kinderarmutspaket – 60 Euro pro Kind und Monat, also nochmals 1.440 Euro. Insgesamt bekommt diese Alleinerzieherin mit zwei Kindern 2024 also mehr als 2.500 Euro an Unterstützung – mehr als 200 Euro im Monat!

Unterstützung bei den Energiekosten verlängert [13.12.2023]

Wir Grüne sorgen dafür, dass das Leben für alle leistbar bleibt. Seit Beginn der Teuerungskrise senken die Energiekosten der Menschen mit einer Reihe von Maßnahmen – direkt spürbar auf der Energierechnung. Diese bewährten Hilfen verlängern wir ein weiteres Mal, mindestens bis Ende 2024. Mit der

Stromkostenbremse können Haushalte ihren Grundbedarf an Strom zu einem stark vergünstigten Preis decken, gleichzeitig bleibt ein Anreiz zum Energiesparen bestehen. Für größere und einkommensschwächere Haushalte gibt es zusätzliche Unterstützung. Durch die aufs Minimum gesenkten Energieabgaben sparen Haushalte noch einmal rund 80 Euro pro Jahr bei der Strom- und 100 Euro bei der Gasrechnung. So unterstützen wir die Menschen in Österreich direkt und dämpfen gleichzeitig die Inflation.

SOZIALES

Faire Kreditvergabe für Senior:innen [22.02.2023, OTS BMJ]

Viele Senior:innen konnten in der Vergangenheit keinen Kredit bekommen – einzig und allein aufgrund ihres Alters. Wir haben diese Diskriminierung beendet. So werden auch für sie wichtige Zukunftsinvestitionen zum Beispiel in klimafreundliches Wohnen möglich. Auch das barrierefreie Bad oder der wird so leistbar. Ausschlaggebend für Kredite sind nur noch finanzielle Sicherheiten, das Alter darf kein Ausschlussgrund mehr sein. So ermöglichen wir Senior:innen ein selbstbestimmtes Leben daheim bis ins hohe Alter.

Gratis Energieberatung & Gerätetausch [23.02.2023]

Wir machen Energiesparen für alle Menschen leistbar: Für Haushalte mit wenig Einkommen gibt es erstmals eine 100 % kostenlose Energieberatung – das spart viel Strom und Geld. Alte Stromfresser wie Kühlschränke und Waschmaschinen können 100 % kostenlos gegen ein neues, sparsames Gerät getauscht werden. Das ist gut fürs Klima, spart Energie und schont die Geldbörse der Haushalte auf lange Sicht.

Volle Pensionserhöhung für alle: Aliquotierung ausgesetzt [29.03.2023]

Wir Grüne stellen sicher: Alle neuen Pensionist:innen bekommen die volle Pensionserhöhung! Egal, in welchem Monat sie ihre Pension antreten. Dafür setzen wir die sogenannte "Aliquotierung" der ersten Pensionserhöhung aus. Das gibt rund 200.000 Menschen finanzielle Sicherheit, die 2023 und 2024 neu in Pension gehen. Das schützt vor allem viele Frauen vor Altersarmut, da sie von der alten Regelung besonders betroffen waren.

Lebensmittel spenden statt verschwenden [10.05.2023, Paket Inflationsdämpfung]

Wir sorgen dafür, dass kostbare Lebensmittel nicht in der Mülltonne landen – sondern dort, wo sie dringend gebraucht werden. Dafür müssen Supermärkte ausweisen, welche Mengen an genießbaren Lebensmitteln sie vernichten und welche sie als Sachspenden zur Verfügung stellen. So bekommst du einen Einblick, wie viele Lebensmittel im Müll landen, die eigentlich gespendet werden könnten. Und wir stärken die Einrichtungen, die Lebensmittel kostenlos verteilen – damit jene, die es besonders brauchen, besser unterstützt werden können: Für Tafel-Programme und ähnliche soziale Einrichtungen gibt es zusätzliche Unterstützung bei der Logistik und eine digitale Drehscheibe für die Weitergabe von Lebensmittelspenden. Dafür stehen 10 Millionen Euro bereit.

Wir stärken den Kampf gegen Armut [10.05.2023, Paket Inflationsdämpfung]

Wir verstärken den Kampf gegen die Armut und unterstützen insbesondere sozial benachteiligte Kinder und Familien rasch und direkt: mit zusätzlichen 60 Euro pro Kind. Jeden Monat. Fix bis Ende 2024. Für alle Kinder, deren Eltern Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe oder Ausgleichszulage erhalten. Und für alleinerziehende Eltern mit einem Monatseinkommen bis 2.000 Euro brutto.

Wir erhöhen das Schulstartpaket auf 300 Euro pro Jahr (statt bisher 120 Euro) und unterstützen damit rund 70.000 Schulkinder aus armutsgefährdeten Familien. Damit alle Kinder die besten Bildungschancen bekommen, bauen wir auch die kostenlose Nachhilfe mit 10 Millionen Euro aus.

Und auch alle Bezieher:innen von Sozialhilfe erhalten jeden Monat 60 Euro mehr – solange, bis mit Jahresbeginn 2024 die Sozialhilfe automatisch an die Inflation angepasst wird. Damit geben wir rund 400.000 Kindern und 200.000 Erwachsenen in Österreich mehr Sicherheit.

Der Klimabonus: Ökologisch und sozial [07.06.2023]

Ökologisch und sozial: Der Klimabonus wird automatisch an alle Menschen in Österreich ausbezahlt. So wird der faire CO₂-Preis, der für klimaschädliches Verhalten zu bezahlen ist, direkt zurück verteilt. Wer das Klima schützt, tut nicht nur etwas Gutes für die Umwelt, sondern hat am Ende mehr vom Klimabonus im Geldbörstel. Ab 2023 wird der Klimabonus nach dem ursprünglich geplanten System ausbezahlt: Der gleiche Sockelbetrag für alle, dazu abhängig vom Wohnort ein regionaler Zuschlag: Damit sorgen wir überall dort für Fairness, wo Öffis und Infrastruktur noch weniger gut ausgebaut sind und der Umstieg auf ein klimafreundliches Verhalten nicht so gut möglich ist wie etwa in Städten mit einem dichten Öffi-Netz.

Pensionserhöhung 2024: Spürbare Entlastung für alle Pensionist:innen 13.09.2023]

Wir Grüne sorgen für eine spürbare Entlastung in Zeiten hoher Inflation – auch für Pensionist:innen. Am 1. Jänner 2024 steigen die Pensionen um 9,7 %. Das entspricht der vollen Inflation der vergangenen 12 Monate. Für eine durchschnittliche Pension bedeutet das rund 150 Euro mehr pro Monat. Die Mindestpensionen steigen ein weiteres Mal deutlich auf 1.218 Euro – das sind fast 200 Euro mehr als noch 2022. Bei Luxuspensionen ziehen wir einen Deckel ein. Das ist in Zeiten der besonders hohen Inflation gerecht und vertretbar. Neupensionist:innen erhalten die volle Pensionserhöhung, eine Schutzklausel gleicht negative Auswirkungen der Inflation aus. Denn eines steht fest: Wer in schwierigen Zeiten das Pensionsalter erreicht, soll dadurch keinen Nachteil haben.

VERKEHR

E-Mobilitätsoffensive fortgesetzt [BMK-Homepage 16.12.22]

Auch im kommenden Jahr kann der Kauf eines E-Autos für Private mit 5.000 Euro gefördert werden. Anträge sind ab Jänner unter umweltfoerderung.at zu stellen. Die Zulassungszahlen bei E-Fahrzeugen zeigen den großen Erfolg der E-Mobilitätsoffensive des Klimaschutzministeriums. Im Rekordmonat September entfielen 22 Prozent der PKW-Neuzulassungen auf E-Autos. Mit diesem Rückenwind startet die E-Mobilitätsförderung des BMK und der Automobil- sowie Zweiradimporteure unter besten Voraussetzungen ins neue Jahr. Der Kauf von E-Autos für Privatpersonen kann 2023 weiterhin mit 5.000 Euro unterstützt werden. Private Ladeinfrastruktur wird mit 600 Euro für Wallboxen und mit 1.800 Euro für Gemeinschaftsanlagen in Mehrparteienhäusern unterstützt. Auch betriebliche Ladeinfrastruktur wird mit bis zu 30.000 Euro und der Kauf eines E-Motorrads mit bis zu 1.900 Euro gefördert. (Quelle: https://www.bmk.gv.at/service/presse/gewessler/20221216_eMobilitaetsoffensive.html)

Schutz vor Rasern: Auto weg bei extremer Raserei [14.06.2023]

Wenn das Auto zur Waffe wird, muss Tätern diese Waffe abgenommen werden. Bei extremer Raserei ist künftig nicht nur der Führerschein weg, sondern auch das Auto. Und zwar an Ort und Stelle. In jedem Fall bleibt es dann für zwei Wochen beschlagnahmt. Bei Wiederholungstätern oder in besonders schweren Fällen „verfällt“ das Auto dauerhaft. So schützen wir unschuldige Menschen vor schweren Unfällen. Denn wer mit fast 100km/h vor einer Schule in der 30er Zone fährt oder über 70km/h zu schnell auf der Landstraße unterwegs ist, macht das nicht zufällig sondern gefährdet bewusst das Leben unschuldiger Menschen. Mit dem zweiten Teil des Pakets gegen Raser sorgen wir für mehr Sicherheit auf der Straße.

Mehr als 21,1 Milliarden für den Bahnausbau [Budget, 18.10.2023]

Wir setzen den historischen Rekordausbau der Bahn in Österreich fort und stellen bauen die finanziellen Mittel mit dem Budget 2024 noch einmal deutlich aus. Der neue ÖBB-Rahmenplan sichert jetzt über 21,1 Milliarden Euro bis 2028 – so viel wie nie zuvor und um über 2 Milliarden mehr als vergangenes Jahr beschlossen. Für dich bedeutet das bessere Verbindungen, moderne Bahnhöfe und mehr Sicherheit und Komfort auf der Schiene. Und es bringt zahlreiche neue Jobs für die Menschen in Österreich.

Gratis KlimaTicket zum 18. Geburtstag [Budget, 18.10.2023]

Über 260.000 Menschen sind mit ihrem KlimaTicket bereits günstig und klimafreundlich in Österreich ganz Österreich unterwegs. Ab 2024 bekommen alle Jugendlichen ein kostenloses KlimaTicket zu ihrem 18. Geburtstag. Sie haben drei Jahre lang Zeit, es einzulösen und können dann ein ganzes Jahr lang alle Öffis in ganz Österreich zum Nulltarif nutzen. So unterstützen wir junge Menschen beim Start in ein unabhängiges Leben. Das ist der perfekte Einstieg in den Umstieg auf klimafreundliche Öffis.

Mobilität bleibt leistbar [30.08.2023]

Leistbare und saubere Mobilität ist uns Grünen ein besonders wichtiges Anliegen. Deshalb haben wir abgesichert, dass das KlimaTicket keinen Cent teurer wird. Auch die Vignettenpreise werden 2024 nicht an die Inflation angepasst. Der Preis der Jahresvignette bleibt wie gehabt bei 96,40 Euro (statt einer Erhöhung auf 104,70 Euro). Und wer nur selten die Autobahn nutzt, stößt nicht nur weniger CO₂ aus, sondern spart künftig mit der neuen Ein-Tages-Vignette für 8,60 Euro auch viel Geld.

Wir verankern Klimaschutz in der LKW-Maut [31.08.2023]

Wir Grüne verankern Klimaschutz in der LKW-Maut. Ab 2024 werden erstmals die Kosten für CO₂-Emissionen in die LKW-Maut eingerechnet. Dadurch gilt: Je mehr CO₂ ein LKW ausstößt, desto schlechter ist das für Umwelt, Luft und Klima – und desto teurer wird die LKW-Maut. Das sorgt für Kostenwahrheit. Und der Umstieg auf saubere Antriebe wie E-Fahrzeuge rechnet sich noch schneller. Weil ein Öffi-Bus viele einzelne Autos ersetzt, wird für sie ein eigener Tarif gelten: 25 % Bonus bei den Kosten für CO₂-Emissionen. Auch hier gilt: Je moderner und klimafreundlicher der Bus, desto größer die Ersparnis.

ÖBB Rahmenplan 2024-2029 [23.10.2023]

Wir Grüne wollen noch mehr Menschen und Güter klimafreundlich mit der Bahn transportieren. Dafür haben wir den größten Bahnausbau in der Geschichte Österreichs in Gang gesetzt. Diesen Einsatz verstärken wir jetzt ein weiteres Mal – und kurbeln mit einer schnelleren Verkehrswende auch die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt an. In den kommenden fünf Jahren investieren wir 21,1 Milliarden Euro in moderne Zugstrecken, schnellere Verbindungen und neue Bahnhöfe. Mit dem neuen ÖBB-Rahmenplan für die Jahre 2024-2029 sichern wir ab, dass alle laufenden Großprojekte planmäßig weiterlaufen. Zusätzlich setzen wir auch völlig neue Projekte um, u.a. bei den Regionalbahnen.

GESUNDHEIT & PFLEGE

Primärversorgungszentren in ganz Österreich [02.03.2023]

Wir Grüne machen Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin, weiten Wegen und langen Wartezeiten auf einen Termin. Denn du hast ein Recht auf die bestmögliche medizinische Versorgung. Egal, wo du wohnst und wieviel Geld du verdienst. Bis 2025 verdreifachen wir die Anzahl der Primärversorgungszentren auf 121 Standorte in ganz Österreich – auch in deiner Nähe. Ärzt:innen, Hebammen und andere Gesundheitsprofis arbeiten dort im Team. Für dich bedeutet das ein großes Angebot gebündelt an einem Ort.

Mehr Geld für 24-Stunden-Betreuung [Pflegerreform Teil 2, 24.05.2023]

Wir erhöhen die Förderung für 24-Stunden-Betreuung auf 800 Euro pro Monat (statt 640 Euro). Wir sorgen dafür, dass dieses Angebot trotz Teuerung leistbar bleibt. Das ermöglicht vielen Menschen, die rund um die Uhr Betreuung brauchen, ein gutes Leben zuhause.

Transparente Abrechnung bei 24-Stunden-Betreuung [Pflegerreform Teil 2, 24.05.2023]

Wir stellen sicher, dass die Abrechnung von 24-Stunden-Betreuung für Betreute und Betreuer:innen nachvollziehbar ist. Pflegeagenturen müssen genau ausweisen, wie viel für welche Leistung verrechnet wird – und wer dieses Geld bekommt. So stellen wir sicher, dass ordentliche Löhne bei den Betreuer:innen ankommen.

Unterstützung für 24-Stunden-Betreuer:innen [Pflegerreform Teil 2, 24.05.2023]

Wir wollen 24-Stunden-Betreuer:innen entlasten und bei ihrer schweren Arbeit unterstützen. Mit Supervision, einer Beratungsstelle und Ausweitung der Hausbesuche von diplomierten Gesundheits- und Krankenpfleger:innen schaffen wir neue Angebote und Unterstützung durch Kolleg:innen, die mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Geteilte 24-Stunden-Betreuung jetzt auch in Senior:innen-WGs [Pflegerreform Teil 2, 24.05.2023]

Wir wollen auch Menschen den Zugang zur Pflege daheim ermöglichen, die bisher keinen Zugang dazu hatten. Deshalb können sich bis zu drei pflegebedürftige Personen im gleichen Haushalt künftig eine selbstständige 24-Stunden-Betreuung teilen, auch wenn sie nicht verwandt oder verheiratet sind. Davon profitieren z.B. Senior:innen-Wohngemeinschaften.

Rechtsanspruch auf Begleitung bei Kinder-Reha [Pflegerreform Teil 2, 24.05.2023]

Wir schaffen Sicherheit für Eltern und Menschen mit Betreuungspflichten, die ihre Kinder bei einem Aufenthalt in einer Reha-Einrichtung begleiten. Künftig gibt es dafür vollen Rechtsanspruch auf 4 Wochen Pflegekarenz mit Pflegekarenzgeld und Kündigungsschutz.

Beratung für pflegende Angehörige [Pflegerreform Teil 2, 24.05.2023]

Angehörigengespräche bieten direkte Beratung und Hilfestellung für pflegende Angehörige. Sowohl mit fachlichem Rat als auch mit Unterstützung bei psychischer Belastung. Wir haben dieses Angebot bereits vor einem Jahr stark ausgebaut – mit großem Erfolg. Jetzt verdoppeln wir die Anzahl der Angehörigengespräche auf bis zu 10 pro Jahr.

Angehörigenbonus ohne Hürden [Pflegerreform Teil 2, 24.05.2023]

Wir verschaffen Menschen Zugang zum Angehörigenbonus, die bisher keinen Anspruch auf diese Unterstützung hatten. Bei Erfüllung der Voraussetzungen ist das Zusammenleben im gemeinsamen Haushalt künftig keine Voraussetzung mehr. Dadurch profitieren rund 22.500 Menschen zusätzlich vom Angehörigenbonus.

Pflege- und Familienhospizkarenz für Selbstständige [Pflegerreform Teil 2, 24.05.2023]

Wir wollen, dass Menschen in einer schwierigen Zeit für die Menschen da sein können, die sie lieben. Für die Pflege oder Begleitung sterbender Angehöriger oder schwersterkrankter Kinder soll ein Modell entwickelt werden, damit sich künftig auch Selbstständige vorübergehend karenzieren lassen und Pflegekarenzgeld erhalten können.

Erleichterungen für Pflegekräfte aus dem Ausland [Pflegerreform Teil 2, 24.05.2023]

Künftig wird bei der Anerkennung von Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, Ausbildung und Berufserfahrung berücksichtigt. Ein 1:1 Vergleich von einzelnen Fächern entfällt. Das erspart unnötige Nachschulungen in Tätigkeiten, die längst beherrscht werden. Die Überprüfung wird durch eine zentrale Datenbank beschleunigt. Pflegekräfte aus dem Ausland können so schneller den Beruf ausüben, für den sie bestens ausgebildet sind. Das ist nicht nur fair – es ist auch dringend notwendig: Für die bis zu 100.000 zusätzlich benötigten Pflegekräfte bis 2030 brauchen wir auch Menschen, die gerne in Österreich arbeiten wollen. Alte Hürden und Schikanen bauen wir konsequent ab.

Mehr Kompetenzen für Pflegefachkräfte [Pflegerreform Teil 2, 24.05.2023]

Wir erleichtern die Arbeit von diplomierten gesundheits- und Krankenpfleger:innen, vor allem im mobilen Einsatz. Sie können künftig bestimmte medizinische Produkte weiterverordnen oder, für den pflegespezifischen Bereich, auch erstmals verordnen. Auch die Ersteinstuferung für Pflegegeld können Pflegefachkräfte übernehmen. Für all das war bisher eine ärztliche Verordnung bzw. Begutachtung notwendig. Die damit oft verbundenen mühsamen Wege und frustrierenden Wartezeiten entfallen künftig.

Durchlässige Pflege-Ausbildung für mehr Karrieremöglichkeiten [Pflegerreform Teil 2, 24.05.2023]

Mit der vor einem Jahr gestarteten Ausbildungsoffensive haben wir besonders darauf geachtet, dass der Zugang für eine spätere Weiterbildung niederschwellig bleibt. Die Regeln zur Weiterqualifizierung von Pflegeassistenz zu Pflegefachassistenz werden jetzt bis Ende 2026 verlängert. Die Anrechnungsmöglichkeiten von diplomierten Gesundheits- und Krankenpfleger:innen auf die Bachelor-Ausbildung an Fachhochschulen sollen zusätzlich erweitert werden.

Erreichte Verbesserungen in Pflege bleiben [Gesundheitsreform, 22.11.2023]

Wir sichern die umfassenden Verbesserungen der großen Pflegerreform jetzt langfristig ab. Über den Finanzausgleich wird der bestehende Pflegefonds von bisher 455,6 Millionen Euro auf 1,2 Milliarden Euro pro Jahr aufgestockt. Bis Ende 2028 investieren wir insgesamt 8,6 Milliarden Euro in die Pflege. Pflegekräfte erhalten auch weiterhin einen Gehaltszuschuss. Wir machen die Pflegeausbildung weiterhin attraktiv mit einem Ausbildungszuschuss von 600 Euro pro Monat. Wir sichern die erhöhte Förderung der 24-Stunden Betreuung und das Community Nurses Projekt. Und wir entlasten pflegende Angehörige, damit sie ihren Liebsten ein langes glückliches Leben in ihrem eigenen Zuhause ermöglichen können.

Der neue Eltern-Kind-Pass [06.07.2023]

Der neue, verbesserte Eltern-Kind-Pass kommt! Wir sichern nicht nur das bewährte, kostenlose Angebot des Mutter-Kind-Passes ab – wir bauen diese wichtige Errungenschaft weiter aus. Mit zusätzlichen Untersuchungen, völlig neuen Beratungsangeboten und der Digitalisierung des klassischen gelben Papierpasses. Mit dem neuen Namen Eltern-Kind-Pass stellen wir klar: Für die Gesundheit eines Kindes sind beide Eltern gleich verantwortlich – und nicht Mütter alleine. Für eine faire Aufteilung der Sorgearbeit und eine stärkere Beteiligung von Vätern setzen wir im Eltern-Kind-Pass weitere wichtige Impulse.

100 neue Kassen-Ordinationen [25.07.2023, Gesundheitsreform Sommer MR]

Für uns Grüne ist klar: Gesundheit darf nicht von der Geldbörse oder vom Wohnort abhängen. Medizinische Versorgung muss für alle mit der E-Card zugänglich sein und nicht nur mit der Kreditkarte. Auch ohne lange Wartezeiten auf einen Termin. Deshalb schaffen wir noch heuer 100 zusätzliche Kassenstellen. Und wir sorgen dafür, dass diese Stellen auch rasch vergeben werden: In den Fachbereichen Gynäkologie, Kinder- und Jugendheilkunde sowie Allgemeinmedizin gibt es einen besonderen Mangel. Wir unterstützen die Errichtung einer neuen Kassenpraxis in diesen Fächern daher zusätzlich mit einem Startbonus.

Neuer Facharzt Allgemein- und Familienmedizin [25.07.2023, Gesundheitsreform Sommer MR]

Hausärzt:innen sind die erste Anlaufstelle bei gesundheitlichen Problemen. Sie sind mit ihrem breiten Wissen ein zentraler Baustein in unserem Gesundheitssystem und für ihre Patient:innen eine Vertrauensperson, die sie durch ein gesundes Leben begleitet. Wir werten diesen wichtigen Beruf weiter auf und machen ihn für junge Mediziner:innen attraktiv. Dafür schaffen wir die fachärztliche Richtung Allgemein- und Familienmedizin.

Medikamenten-Versorgung abgesichert [25.07.2023, Gesundheitsreform Sommer MR]

Wir sorgen dafür, dass es nicht mehr so leicht zu einem Medikamentenmangel wie im vergangenen Winter kommt. Wir verpflichten die Pharmaindustrie gesetzlich dazu, deutlich größere Mengen von wichtigen Medikamenten auf Vorrat einzulagern. So können Lieferengpässe auch über mehrere Monate abgedeckt werden. Der Pharma-Großhandel muss zusätzlich ein Lager für wichtige Wirkstoffe anlegen. Apotheken können darauf zugreifen und Medikamente bei Lieferengpässen selbst herstellen. So konnte in der Wintersaison vielen Menschen geholfen werden, z.B. mit Fiebersäften für Kinder.

Massiver Ausbau der psychosozialen Versorgung [25.07.2023, Gesundheitsreform Sommer MR]

Wir Grüne wollen, dass die psychosoziale Versorgung auf Krankenschein zur Regel wird. Gerade bei der psychischen Gesundheitsversorgung gibt es große Lücken, die wir Schritt für Schritt schließen. Wir bauen das Angebot für psychosoziale Unterstützung deutlich aus. Dafür stellen wir klinisch-psychologische Behandlungen mit der Psychotherapie im Sozialversicherungsrecht gleich. Für dich bedeutet das deutlich kürzere Wartezeiten auf eine Behandlung.

**„Gesund aus der Krise“: Rasche Hilfe für zusätzlich 10.000 junge Menschen
[25.07.2023, Gesundheitsreform Sommer MR]**

Wir haben mit „Gesund aus der Krise“ ein internationales Vorzeigeprojekt geschaffen, mit dem Kinder und Jugendliche oft innerhalb weniger Tage kostenlose psychologische Beratung oder Psychotherapie erhalten. 10.000 jungen Menschen konnten wir so bereits helfen. Dieses Erfolgsprojekt konnten wir ein weiteres Mal verlängern – um zusätzlich 10.000 Kindern und Jugendlichen rasch und kostenlos zu helfen. Frühe Unterstützung ist der Schlüssel zu einer guten psychischen Unterstützung.

Uni-Ausbildung zur Psychotherapie [25.07.2023, Gesundheitsreform Sommer MR]

Wir setzen eine langjährige Forderung um: Die psychotherapeutische Ausbildung wird künftig auch als Studium an den Universitäten angeboten. So sichern wir die Qualität und machen die Ausbildung wesentlich kostengünstiger – und damit für wesentlich mehr Menschen zugänglich.

Vorsorge, damit du gesund bleibst [25.07.2023, Gesundheitsreform Sommer MR]

Rechtzeitige Vorsorge und frühe Behandlung können schwere Erkrankungen und viel Leid verhindern. Deshalb bauen wir gesundheitsfördernde Maßnahmen und Vorsorge-Programme aus. Wir setzen auch Anreize für Jugendliche und junge Erwachsene, regelmäßig Vorsorge-Untersuchungen in Anspruch zu nehmen. Denn es ist nie zu früh, auf die eigene Gesundheit zu schauen.

Österreichweites Darmkrebs-Screening [25.07.2023, Gesundheitsreform Sommer MR]

Über 90 % aller Darmkrebserkrankungen entstehen durch Entartung von Darmpolypen. Fälle von Darmkrebs lassen sich also wirksam vermeiden, wenn man diese Polypen bei einer Darmspiegelung rechtzeitig erkennt und entfernt. So können wir zahlreiche Todesfälle und tragische Schicksale vermeiden. Deshalb bauen wir ein bundesweites Darmkrebs-Screening-Programm auf und starten damit in 3 Pilotregionen. So machen wir diese wichtige Vorsorge-Untersuchung schrittweise für alle Menschen in Österreich kostenlos zugänglich.

Digitale Begleitung bei chronischen Krankheiten [25.07.2023, Gesundheitsreform Sommer MR]

Wir starten ein Pilotprojekt für digitale Gesundheits-Anwendungen. Damit werden etwa Menschen mit chronischen Krankheiten wie z.B. Diabetes oder Migräne digital

begleitet. Zum Beispiel über eine Handy-App, die sie im Alltag unterstützt und Symptome dokumentiert. Das ermöglicht eine lückenlose Betreuung, gibt Sicherheit und kann Betroffenen viele ambulante oder stationäre Behandlungen ersparen. Ganz nach dem Prinzip „digital vor ambulant vor stationär“.

Stärkung von Katastrophenschutz [06.09.2023]

Wir haben diesen Sommer die zunehmenden Folgen der Klimakrise einmal mehr deutlich gespürt. Weltweite Waldbrände, Hochwasser und Murenabgänge, die ganze Regionen in Österreich verwüstet haben. Für uns Grüne ist klar: Neben einem konsequenten Klimaschutz müssen wir auch den Schutz vor Umweltkatastrophen verbessern. Dafür investieren wir insgesamt 110 Millionen Euro in den kommenden fünf Jahren. Das zusätzliche Geld fließt direkt dorthin, wo die Rettungsorganisationen es brauchen: in moderne Ausrüstung, eine verbesserte Zusammenarbeit, den Ausbau von Zivilschutz und die Unterstützung von ehrenamtlichen Helfer:innen bei ihrem unermüdlichen Einsatz.

Tierarzneimittelgesetz neu [02.10.2023]

Wir Grüne schauen auf die Gesundheit von Mensch und Tier. Damit Antibiotika ihre lebensrettende Wirkung behalten, müssen sie sorgfältig eingesetzt werden. Genau dafür sorgen wir jetzt mit dem neuen Tierarzneimittelgesetz. Beim Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung gilt künftig: so wenig wie möglich und nur so viel wie absolut nötig. Künftig wird genau erfasst, wie viel Antibiotika in den Betrieben verabreicht werden – und verhindert, dass Antibiotika routinemäßig eingesetzt werden, um schlechte Haltungsbedingungen auszugleichen. Damit stärken wir nicht zuletzt auch den Tierschutz und steigern das Tierwohl.

Finanzausgleich: Gesundheit, Pflege, Zukunftsfonds [04.10.2023]

Wir Grüne haben den Durchbruch geschafft: Wir stellen die wichtigen Zukunftsprojekte in Österreich auf sichere Beine! Darauf haben wir uns nach langen Verhandlungen mit den Ländern und Gemeinden im Finanzausgleich geeinigt. Wir investieren noch stärker in Klimaschutz, Gesundheit und Pflege, Umwelt, Kinderbetreuung und Wohnen. Der Bund nimmt dafür jährlich 3,4 Milliarden Euro zusätzlich in die Hand. Länder, Gemeinden, Sozialversicherung und Co. bekommen damit deutlich mehr Geld für ihre wichtigen Aufgaben. Im Gegenzug verpflichten sich alle Beteiligten zu klaren Zielen und tiefgreifenden Reformen. Denn die notwendigen großen Verbesserungen lassen sich nur gemeinsam bewältigen. Gemeinsam bringen wir Österreich voran und stellen deine Zukunft auf sichere Beine.

Größte Gesundheitsreform seit Jahrzehnten [22.11.2023]

Wir Grüne setzen die größte Gesundheitsreform seit Jahrzehnten um. Nach langen und harten Verhandlungen haben wir uns für dich durchgesetzt und eine Einigung gefunden, die für alle Seiten Vorteile bringt. Bis 2028 investieren wir 14 Milliarden zusätzlich in die Verbesserung unseres Gesundheitssystems. Im Mittelpunkt der Reform stehen die Patient:innen: Schnellere Termine statt langer Wartezeiten, neue Kassen-Ordinationen in ganz Österreich, bessere Öffnungszeiten auch am Wochenende, Behandlung auf e-Card statt auf Kreditkarte und mehr digitale Angebote. Wichtige Verbesserungen gibt es auch für alle Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten. Wir machen Kassen-Ordinationen wesentlich attraktiver für Ärzt:innen, erleichtern die Eröffnung von Gemeinschaftspraxen und schaffen mehrere hundert zusätzliche Kassenstellen dort, wo sie gebraucht werden. Das neue Prinzip für eine reibungslose Versorgung lautet: Digital vor ambulant vor stationär. So entlasten wir auch die Spitäler nachhaltig.

Mehr digitale Angebote in der Gesundheitsversorgung [Gesundheitsreform, 22.11.2023]

Rasche medizinische Beratung per Handy und direkte Hilfe rund um die Uhr: Wir bringen eHealth-Angebote nach Österreich, die sich in anderen Ländern bestens bewährt haben. Das verbessert die frühzeitige medizinische Versorgung und macht ärztlichen Rat für alle Menschen einfach zugänglich. Wir bauen die kostenlose Beratung der Hotline 1450 weiter aus. Sie ist rund um die Uhr telefonisch und online erreichbar und übernimmt verstärkt die Erstabklärung bei Beschwerden. Künftig wird auch die ärztliche Beratung per Video-Anruf möglich – wer z.B. erkältet ist, spart sich den Weg ins Wartezimmer und kann elektronisch verschriebene Medikamente einfach mit der e-Card in der Apotheke abholen. Bei chronischen Erkrankungen wie Migräne oder Diabetes werden neue Apps zu Begleitern im Alltag.

Elektronische Gesundheitsakte verbessert [Gesundheitsreform, 22.11.2023]

Patient:innen haben ihre Befunde künftig immer bei der Hand. Denn Ärzt:innen müssen Diagnosen in einem einheitlichen Code in die elektronische Gesundheitsakte (ELGA) eintragen und sicher abspeichern. An dieses System werden auch Wahlärzt:innen angebunden. Auch Röntgenbilder und andere medizinische Daten werden künftig so erfasst und müssen vor dem Arztbesuch nicht mehr mühsam zusammengesucht werden. Sie stehen immer bereit, wenn sie gebraucht werden, um eine bestmögliche Behandlung zu garantieren.

Schnellere Termine auf e-Card [Gesundheitsreform, 22.11.2023]

Schnellere Termine und eine fachärztliche Behandlung auf e-Card statt Kreditkarte: Wir schaffen über die Gesundheitsreform hunderte neue Kassenstellen – vor allem in Regionen und Fächern, in denen es derzeit noch einen Mangel gibt. All das schaffen wir mit verbindlichen regionalen Strukturplänen, die auf den tatsächlichen Bedarf reagieren: Leerstehende Ordinationen werden gezielt besetzt, neue Primärversorgungszentren, Kassenambulatorien und Gruppenpraxen können schneller eröffnen. Alte und längst nicht mehr zeitgemäße Einspruchsrechte der Ärztekammer fallen weg und stehen einer rascheren Eröffnung neuer Ordinationen nicht mehr im Weg. Pro Jahr stehen dafür jetzt rund 300 Millionen Euro mehr zur Verfügung.

Faire Honorare für Kassen-Ärzt:innen [Gesundheitsreform, 22.11.2023]

Österreichweit gilt künftig: Gleiche Leistung, gleiches Honorar. Dafür modernisieren und vereinheitlichen wir den Gesamtvertrag zwischen der Sozialversicherung und der Ärztekammer. Das schafft faire Bedingungen für die Ärzt:innen. Es wird attraktiver für sie, eine Kassenstelle anzunehmen, gerade auch in Regionen und Fächern, in denen es derzeit einen Mangel gibt.

Bessere Öffnungszeiten im niedergelassenen Bereich [Gesundheitsreform, 22.11.2023]

Die Öffnungszeiten im niedergelassenen Bereich werden verbessert und vor allem in den Früh- und Abendstunden sowie am Wochenende stark ausgebaut. Patient:innen können so ihre Arzttermine besser im Alltag unterbringen und müssen auch zu den Randzeiten nicht mehr auf die Spitalsambulanz ausweichen.

Neue Spezialambulanzen und Tageskliniken [Gesundheitsreform, 22.11.2023]

Wir bauen die spezialisierten Fachambulanzen und Tageskliniken aus. Dort können viele Behandlungen übernommen werden, die heute oft ohne Notwendigkeit mit einer stationären Aufnahme verbunden sind. Das erspart Patient:innen einen Aufenthalt im Krankenhaus, wo das gar nicht nötig ist. Mit vorgelagerten Einrichtungen entlasten wir die allgemeinen Ambulanzen in den Spitälern zusätzlich. Dadurch wird die enorme Arbeitslast für das Gesundheitspersonal auf mehr Schultern verteilt. Und Patient:innen müssen sich nicht mehr mit langen Wartezeiten und Terminverschiebungen herumschlagen. Dafür investieren wir rund 600 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich in die Spitäler.

Flächendeckende Gesundheitsvorsorge [Gesundheitsreform, 22.11.2023]

Wir Grüne wollen, dass alle Menschen ein langes und gesundes Leben führen können. Eine gute Vorsorge kann dabei oft vor Krankheit und viel Leid bewahren. Dafür stocken wir bestehende Projekte zur Gesundheitsförderung auf, führen die Programme der Bundesländer für eine gemeinsame Planung zusammen und reformieren den öffentlichen Gesundheitsdienst. Wir haben die Ausrollung des flächendeckenden Darmkrebsscreening-Programms auf den Weg gebracht. Mit dem österreichweiten Ausbau des Programms „Frühe Hilfen“ für Schwangere und junge Eltern setzen wir eine weitere Initiative um. Denn der Grundstein für ein gesundes Leben wird bereits in der frühen Kindheit gelegt.

Ausgeweitetes Impfprogramm [Gesundheitsreform, 22.11.2023]

Wir bauen die Impfprogramme in Österreich aus, um Menschen vor vermeidbaren Erkrankungen zu schützen. Erste Schritte haben wir bereits gesetzt: Die Influenza-Impfung gibt es heuer österreichweit einheitlich und kostengünstig zum niedrigen Selbstbehalt. Dieses Angebot wird laufend um weitere empfohlene Impfungen ergänzt, die aktuell noch kostenpflichtig sind.

Schutz vor AIDS: PrEP wird gratis [OTS 15.12.2023]

Wir setzen einen wichtigen Schritt im Kampf gegen AIDS: Die HIV-Prophylaxe PrEP wird kostenlos! Sie verringert das Risiko einer HIV-Infektion um 75 % und wird jetzt für alle Menschen mit einem erhöhten Infektionsrisiko gratis. Gesundheit darf nämlich keine Frage des Einkommens sein. Das war durch die hohen Kosten für die notwendige Einnahme bisher nicht der Fall. Das ändern wir noch im ersten Halbjahr 2024 und machen diese Präparate kostenlos verfügbar. Voraussetzung bleiben regelmäßige medizinische Tests und eine ärztliche Verschreibung. So stellen wir sicher, dass alle Menschen mit einem erhöhten Ansteckungsrisiko auch kostenlosen Zugang zu einem verbesserten Schutz bekommen.

UMWELT & LANDWIRTSCHAFT

Herkunftskennzeichnung Gemeinschaftsverpflegung [21.12.2022]

Wir Grüne setzen einen großen Schritt für mehr Transparenz auf deinem Teller um. Ab Mitte 2023 soll die Herkunftskennzeichnung für Fleisch, Eier und Milch in allen Kantinen und Großküchen verpflichtend werden. Auch in Gasthäusern gelten dann strengere Regeln für klare Information bei Versprechen wie „Frische Regionale Eierschwammerln“. Die nächsten Schritte sind bereits in Arbeit.

Neuer Stellenwert für den Bodenschutz [11.01.2023, Klausur]

Wir schützen unsere wertvollen Böden und schieben der ungehemmten Bodenversiegelung einen Riegel vor. Wir führen klare Regeln ein, ab welchem Bodenverbrauch Chaletdörfer und Logistikzentren jedenfalls eine Umweltverträglichkeitsprüfung brauchen. Für jedes Bauprojekt braucht es künftig ein Bodenkzept, das den sorgsam Umgang mit unserer Natur sicherstellt – damit auch unsere Enkelkinder noch unberührte Natur erleben können.

Schutz der regionalen Sortenvielfalt im Patentgesetz [01.03.2023]

Leben kann und darf man nicht patentieren. Als erstes Land in Europa gilt das im österreichischen Patentgesetz ausdrücklich für alle Formen der natürlichen Pflanzenzüchtung. Wir schließen damit Schlupflöcher im Europäischen Patentrecht, mit denen Konzerne sich immer wieder exklusive Nutzungsrechte auf Pflanzensorten gesichert haben, die seit Jahrhunderten natürlich von Bäuerinnen und Bauern weiterentwickelt wurden. So schützen wir unsere heimischen Bäuerinnen und Bauern und unsere Ernährungssicherheit. Denn die Vielfalt der Natur gehört uns allen und nicht einigen wenigen Konzernen.

Taskforce Umweltkriminalität [13.04.2023]

Der Schutz unserer Tier- und Pflanzenwelt zählt zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Fälle von Umweltkriminalität haben in der Vergangenheit leider zugenommen: von der illegalen Vermüllung über Natur, Luft- und Wasserverschmutzung bis hin zu verbotenem Handel mit gefährdeten Tieren und Pflanzen. Die Täter:innen kamen viel zu oft ungestraft davon. Deshalb richten wir eine eigene Taskforce ein. Wir vernetzen alle beteiligten Stellen. Das bedeutet verbesserte Ermittlungen – und einen wirksamen Schutz unserer wertvollen Natur.

Forstgesetz schützt Wald und Klima [23.06.2023]

Wälder sind unsere Verbündeten im Klimaschutz und erfüllen viele andere Funktionen. Sie sind Lebensraum für unzählige Tiere und Pflanzen. Sie bieten uns Menschen Erholung, Schutz vor Naturgewalten und liefern uns den Rohstoff Holz. Wir stärken den Schutz unserer Wälder mit dem neuen Forstgesetz. Wir verankern darin die Klimaschutz-Funktion des Waldes als wichtige CO₂-Senke – und können sie so weiter ausbauen. Der Naturschutz muss künftig angehört werden und kann einschreiten, bevor in geschützten Wälder großflächig gefällt wird. Und wir sichern Bäuerinnen und Bauern ab, die auf Agro-Forstsysteme setzen. So sorgen wir für mehr Klimaglück und schützen unsere schöne Natur.

Einheitliches Dosen- und Plastikpfand [23.09.2023]

Wir Grüne halten unsere schöne Natur sauber: Das Einwegpfand kommt! Ab 1. Jänner 2025 gibt es in ganz Österreich ein einheitliches Pfand von 25 Cent auf alle PET-Flaschen und Metalldosen. Dieses Geld bekommst du zurück, wenn du deine leeren Dosen und Flaschen zurückbringst. Das ist überall möglich, wo es Getränke zu kaufen gibt. So sorgen wir dafür, dass Dosen und Flaschen nicht mehr achtlos weggeworfen werden und unsere Umwelt verschmutzen. Getränkeverpackungen werden bestmöglich gesammelt – und wieder zu neuen Flaschen und Dosen recycelt. Das vermeidet viel Müll und spart wertvolle Rohstoffe.

KREISLAUFWIRTSCHAFT

Einheitliche Regeln für mehr Recycling – die Gelbe Tonne Neu [Medieninfo BMK, 22.12.2022]

Seit 1. Jänner 2023 ist Recycling in Österreich so einfach wie noch nie – mit einheitlichen Regeln in allen Bundesländern. Die Gelbe Tonne und der Gelbe Sack sind jetzt echte Alleskönner. Denn jede Form von Verpackungsmüll aus Plastik, Getränkekartons, Plastikflaschen und Metallverpackungen wie Dosen werden dort entsorgt. So können 20 % mehr Kunststoffverpackungen gesammelt und wiederverwertet werden – statt einfach im Restmüll zu landen. Das spart kostbare Rohstoffe, die im Kreislauf bleiben. Und das ist ein großes Plus für den Klimaschutz.

ARBEIT & WIRTSCHAFT

Energiekostenzuschuss 2 [22.12.2022]

Mit dem Energiekostenzuschuss entlasten wir besonders betroffene energieintensive Unternehmen. Weil die Energiepreise weiterhin erhöht sind und Unternehmen in Deutschland mit eigenen Instrumenten gefördert werden, bauen wir diese wirksame Unterstützung jetzt aus. Wir verlängern den Energiekostenzuschuss 1 bis Ende 2022 – und schaffen den neuen Energiekostenzuschuss 2 für das gesamte Jahr 2023. Damit unterstützen wir österreichische Unternehmen rasch, halten sie auf Dauer wettbewerbsfähig und geben ihnen langfristige Planungssicherheit. Mit klaren Auflagen schaffen wir Treffsicherheit und setzen einen Anreiz zum Energiesparen.

Verbesserter Bildungsbonus für neue Chancen [11.01.2023, Klausur – Update: 23.09.2023 (bereits valorisierter Bildungsbonus ab 2024)]

Der Bildungsbonus ermöglicht Menschen in der Arbeitslosigkeit, auch längere Ausbildungen zu absolvieren. Viele Menschen konnten sich dadurch bereits beruflich umorientieren und arbeiten heute in zukunftssicheren Jobs, in denen Fachkräfte dringend gebraucht werden. Wir verlängern, erhöhen und bauen das Erfolgsmodell Bildungsbonus jetzt aus. Mit bis zu rund 370 Euro im Monat zusätzlich für Fachausbildungen sind Umsteiger:innen in der Ausbildungsphase nicht nur sozial, sondern auch finanziell besser abgesichert – und besser für ihre berufliche Zukunft aufgestellt.

Just Transition: 17,5 Millionen für Green Jobs [11.01.2023, Medieninfo BMK]

Damit die Energiewende gelingt, brauchen wir viele gutausgebildete Fachkräfte. Dachdecker:innen, die auch Photovoltaik-Anlagen installieren, oder Installateur:innen, die alte Gasheizungen durch Wärmepumpen ersetzen. Der Aktionsplan „Just Transition“ ist unser Fahrplan, mit dem wir ... Dazu investieren wir 17,5 Millionen Euro in Umschulungen und Weiterbildungen im Umwelt- und Klimabereich. Das schafft einen zusätzlichen Schub für die Energiewende und unzählige zukunftssichere Jobs.

Transparente Preise, strenge Kontrolle [10.05.2023, Paket Inflationsdämpfung]

Supermarktketten müssen regelmäßig an die Regierung melden, welche Preise sie im Einkauf für die wichtigsten Lebensmittel zahlen. Diese werden dann in einem Transparenzbericht veröffentlicht. Damit kannst du sehen, ob die hohen Preise an der Kassa fair sind oder ob die wenigen am Markt vertretenen Konzerne ihre Übermacht ausnutzen und selbst abkassieren. Um das auch kontrollieren zu können, bauen wir die Rechte der Bundeswettbewerbsbehörde aus. Das schafft einen fairen Wettbewerb – und das ist die Voraussetzung für faire Preise, die auch bei dir ankommen.

Green Finance Agenda: Ein Fahrplan für mehr grüne Investitionen [01.09.2023]

Grüne Investitionen sind ein wichtiger Schlüssel für unsere klimaglückliche Zukunft. Mit der Green Finance Agenda legen wir den Fahrplan vor, mit dem wir Österreich zu einem Vorreiter bei der nachhaltigen Finanzierung machen wollen. Die Green Finance Agenda hat viele Vorteile: Mehr Geld fließt in den Klimaschutz und eine klimaneutrale Wirtschaft. Du bekommst die Sicherheit, dass du dein Geld nachhaltig, sicher und sinnvoll anlegen kannst – weil auch wirklich grün ist, wo „grün“ draufsteht. Banken und Versicherungen können Risiken minimieren und steigen aus der Finanzierung von Öl, Kohle und Gas aus.

BILDUNG, KINDER & JUGEND

Stipendien für den Einstieg in die Elementarpädagogik [11.01.2023, Klausur]

Österreich braucht noch bessere Kindergärten – mehr Plätze, längere Öffnungszeiten, kleinere Gruppen. Für diese Qualitätsverbesserungen ist vor allem eines notwendig: noch viel mehr gut ausgebildete Pädagog:innen. Diese Ausbildungsoffensive treiben wir voran mit neuen Stipendien für Menschen, die aus anderen Berufen in die Elementarpädagogik wechseln. Das ist ein Booster für unsere Kindergärten und lohnt sich für uns alle. Denn jede Investition in Kindergärten ist ein Gewinn für Eltern, Kinder, Bildung, Wirtschaft und das ganze Land.

Wir sichern Unis langfristig ab [Budget, 18.10.2023]

Wir geben den Universitäten die Mittel, die sie brauchen und gefordert haben: 16 Milliarden Euro stehen über die neue Leistungsvereinbarung von 2025 bis 2027 bereit. Den Teuerungsausgleich für Unis haben wir um weitere 200 Millionen Euro aufgestockt. Auch Fachhochschulen bekommen deutlich mehr Geld: Über 479 Millionen Euro stehen für sie bereit, ein Plus von 95,8 Milliarden Euro.

Wir stärken den Kinderschutz auf allen Ebenen [25.01.2023, Kinderschutzpaket]

Kein Kind darf Opfer von sexueller Gewalt werden. Deshalb stärken wir den Schutz unserer Kinder auf allen Ebenen. Mit dem größten Maßnahmenpaket seit Jahrzehnten, das wir im engen Dialog mit Kinderschutz-Organisationen erarbeitet haben. Dafür setzen wir auf Prävention, Betreuung für Opfer, effektivere Ermittlungen, härtere Strafen und bessere Therapien für Täter:innen.

Wirksame Kinderschutzkonzepte [25.01.2023, Kinderschutzpaket]

Kinderschutzkonzepte verhindern Gewalt, bevor sie passiert. Mitarbeiter:innen wissen dadurch, was zu tun und wer zu informieren ist, wenn sie sich Sorgen um ein Kind machen. Wir wollen, dass alle Kinder- und Jugend-Einrichtungen in Österreich wirksame Konzepte umsetzen. Dazu verpflichten wir die Schulen in Österreich. Und wir unterstützen andere Vereine und Organisationen bei der Erarbeitung von maßgeschneiderten Konzepten für mehr Sicherheit.

Gütesiegel für Kinderschutz [25.01.2023, Kinderschutzpaket]

Eltern sollen wissen, wo ihre Kinder sicher sind. Wir richten eine Qualitätssicherungsstelle Kinderschutz ein, die Kinderschutzkonzepte auf ihre missbrauchs- und gewaltvorbeugende Maßnahmen hin überprüft. Vereine, die Qualitätskriterien erfüllen, bekommen ein Kinderschutz-Gütesiegel. Einsatz für den

Kinderschutz wird dadurch sichtbar – und damit schneller zum Standard, den Eltern sich zurecht für ihre Kinder erwarten.

Wir informieren Kinder über ihre Rechte [25.01.2023, Kinderschutzpaket]

Jedes Kind in Österreich soll wissen, was seine Rechte sind und was ein Übergriff ist – und wo es sich Hilfe holen kann, wenn persönliche Grenzen verletzt werden. Das stärkt den Schutz vor Gewalt. Mit der ersten großen Kinderrechte-Kampagne in Österreich sprechen wir Kinder direkt an – in kindgerechter Sprache und auf den Kanälen, die sie tatsächlich benutzen.

Soforthilfe für Opfer von Missbrauch [25.01.2023, Kinderschutzpaket]

Kinder und Jugendliche, die Opfer von sexuellem Missbrauch geworden sind, sind traumatisiert und brauchen rasch Hilfe von Psycholog:innen oder Psychotherapeut:innen. Kriseninterventionszentren bieten Soforthilfe. Dafür bauen wir das Programm „Gesund aus der Krise“ speziell für Missbrauchsoffer weiter aus – mit weiteren 3,5 Millionen Euro. Auch Angehörige von Opfern brauchen Hilfe in einer solchen Krisensituation. In den Familienberatungsstellen erhalten sie diese von hochqualifizierten Teams von Ärzt:innen, Psycholog:innen, Jurist:innen sowie Sozialarbeiter:innen. Wir erhöhen auch dafür die Mittel um 3 Millionen Euro.

Missbrauch verhindern mit Täter:innen-Arbeit [25.01.2023, Kinderschutzpaket]

Um Kinder und Jugendliche nachhaltig vor Gewalt zu schützen, muss auch die Arbeit mit den Täter:innen verbessert werden. Dafür erhöhen wir die Mittel um insgesamt 1,5 Millionen Euro – für intensive Therapien im Strafvollzug und auch nach der Entlassung. Denn wir müssen mit allen Mitteln vermeiden, dass weitere Taten begangen werden.

Schnelle Ausforschung von Täter:innen im Internet [25.01.2023, Kinderschutzpaket]

Wer Darstellungen von Kindesmissbrauch im Internet ansieht oder verbreitet, muss auch erwischt werden. Dazu bauen wir die Cyber-Ermittlungen der Polizei aus – mit eigenen Schwerpunktdienststellen, mehr speziell ausgebildetem Personal und neuester Software für die Auswertung von Beweisen. Das sorgt für effizientere Ermittlungen – mit denen wir Täter:innen schneller stoppen.

Härtere Strafen für Missbrauchs-Darstellungen [25.01.2023, Kinderschutzpaket]

Wir benennen klar: Hinter jeder Darstellung von Missbrauch steht ein Kind, das Opfer von sexueller Gewalt geworden ist. Verharmlosende Begriffe, die dem nicht

gerecht werden, ersetzen wir im Gesetzestext. Und wir verschärfen die Strafen für den Besitz, die Herstellung und Verbreitung von solchen abstoßenden Darstellungen – in besonders schweren Fällen auf bis zu 10 Jahre Freiheitsstrafe.

Neuer Schwung für Schulsportwochen [30.01.2023, Medieninfo BMKÖS]

Viele von uns erinnern sich ein Leben lang gerne an Schulsportwochen zurück. Sie stärken den Zusammenhalt von Schulklassen und wecken die Freude an der Bewegung. Wir vereinfachen die Planung von Winter- und Sommersportwochen mit einer Online-Plattform, die Lehrer:innen direkt mit rund 450 Betrieben verbindet – vom Busunternehmen bis zur Unterkunft. Mit neuen Förderungen unterstützen wir Kinder und Jugendliche, bei deren Familien das Geld gerade nicht ausreicht. Denn alle Schüler:innen sollen die Möglichkeit haben, an der Schulsportwoche teilzunehmen.

Dauerhaft mehr Geld für Kindergärten [FAG Zukunftsfonds, 22.11.2023]

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass Familien in ganz Österreich Zugang zu qualitativ vollen Kindergärten haben. Das ist die Voraussetzung für gleichberechtigte Elternschaft und auch der Grundstein für die Bildung unserer Kinder. Mit der Kindergartenmilliarde haben wir bereits für Verbesserungen gesorgt. Aber weil wir gegenüber dem Koalitionspartner hartnäckig geblieben sind, gibt es über den Finanzausgleich jetzt noch viel mehr: bis 2030 insgesamt 4,5 Milliarden Euro. Die Plätze insbesondere für unter Dreijährige sollen stark ausgebaut werden. Jedes Bundesland soll hier eine Betreuungsquote von mindestens 38 % erreichen, oder seine Quote um mindestens 1 % pro Jahr steigern. Öffnungszeiten (hinsichtlich Stunden pro Tag und Wochen pro Jahr) sollen erweitert werden. Das ist ein wesentlicher Hebel, mit dem wir einem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr mit großen Schritten näherkommen.

SAUBERE POLITIK & UNABHÄNGIGE JUSTIZ

Korruptionsstrafrecht Neu [12.01.2023]

Korruption ist Gift für die Demokratie. Mit dem neuen Korruptionsstrafrecht schließen wir Lücken im Gesetz, verhindern die Umgehung von Regeln und setzen neue, strenge Standards. Als erstes Land in Europa machen wir Mandatskauf strafbar. Auch wer erst für ein Amt kandidiert, kann künftig für Bestechlichkeit bestraft werden. Wegen Korruption verurteilte Politiker:innen können ihre Ämter verlieren. Und wir verschärfen die Strafen für Personen und Unternehmen, um klarzustellen: Korruption zahlt sich nie aus. Damit leisten wir einen weiteren wichtigen Beitrag, um das Vertrauen in die Demokratie wieder zu stärken. Und wir arbeiten weiter an den nächsten Schritten für eine saubere und transparente Politik.

Whistleblowing-Gesetz: Schutz für Menschen, die Missstände aufdecken [01.02.2023]

Wenn Menschen Unregelmäßigkeiten oder Gesetzesverstöße an ihrem Arbeitsplatz beobachten und diese Missstände aufdecken, sprechen wir von „Whistleblowing“. Wir schützen Hinweisgeber:innen vor Benachteiligung, Mobbing oder gar Entlassung. Eigene Whistleblowing-Stellen müssen Hinweisen nachgehen – und über den den Stand der Untersuchung informieren. Mit einer wirksamen Prozesskostenhilfe unterstützen wir Whistleblower:innen auch im Fall von Einschüchterungsklagen. So können wir Korruption frühzeitig stoppen.

Aufklärung um U-Ausschuss [02.02.2023, OTS Bericht U-Ausschuss]

Wir Grüne haben im U-Ausschuss sehr genau aufgezeigt, wie ein kleiner türkiser Machtzirkel rund um Sebastian Kurz das ganze Land getäuscht hat: Vom Beinschab-Tool und anderen Inseratenaffären bis zum gefährlichen Russland-Kuschelkurs, den wir ans Tageslicht bringen konnten. Schon während seiner Laufzeit hat der U-Ausschuss Wirkung entfaltet: Zum einen gab es zahlreiche Rücktritte. Zum anderen haben wir ein scharfes Gesetz gegen Korruption auf den Weg gebracht und für gläserne Parteikassen gesorgt – und damit bereits große Schlupflöcher geschlossen. Wir arbeiten bereits an den nächsten Gesetzen für mehr Transparenz und eine saubere Politik.

Informationsfreiheit: Amtsgeheimnis nach 100 Jahren abgeschafft [05.10.2023]

Bye bye, Amtsgeheimnis: Die Infofreiheit kommt! Wir Grüne haben dein Grundrecht auf Information erkämpft. Damit bekommst du die Werkzeuge in die Hand, um genau zu wissen, was sich hinter den Kulissen abspielt – von der kleinsten Gemeinde bis hin zur Bundesregierung. Auch die kleinste Gemeinde ist dazu verpflichtet, dir die

gewünschte Auskunft zu geben – und dieses Recht auf Information kannst du auch einklagen. Du bekommst Zugang zu allen Informationen, die dich interessieren, auf einer zentralen Website. Und du kannst direkt nachfragen. Wenn dir die Auskunft verweigert wird, kannst du auf dein Recht bestehen und dich an das Verwaltungsgericht wenden. Wir schaffen das verstaubte Amtsgeheimnis nach fast 100 Jahren endlich ab – und sorgen damit für einen historischen Kulturwandel in Österreich.

Wir stärken die unabhängige Justiz [Budget, 18.10.2023]

Wir stärken ein weiteres Mal die unabhängige Justiz als zentrale Säule unserer liberalen Demokratie. Das ist gerade in diesen Zeiten wichtiger denn je, in denen demokratische Institutionen und liberale Werte weltweit unter Angriff stehen, u.a. in Ungarn oder Rumänien: Wo Korruptionssümpfe trockengelegt gehören, wird der Justiz der Geldhahn zgedreht. Mit dem Ziel, die Justiz gefügig zu machen und die eigene Macht einzuzementieren. Mit uns Grünen gibt es das nicht! Seit Beginn unserer Regierungsbeteiligung gibt es insgesamt rund 800 Millionen Euro mehr für die Justiz – ein sattes Plus von 50 % im Vergleich zur Vorgängerregierung. Allein 2024 stehen zusätzliche 310 Millionen Euro zur Verfügung. So schaffen wir ganz konkrete Verbesserungen, mit denen wir die Unabhängigkeit der Justiz dauerhaft absichern und den Rechtsstaat in Österreich stärken.

Mehr Personal für gestärkte Unabhängigkeit und schnellere Verfahren [Budget, 18.10.2023]

Die Gerichte in Österreich brauchen zusätzliches Personal. Wir schaffen 135 neue Planstellen etwa für Richter:innen und juristische Mitarbeiter:innen. Seit Alma Zadić ihr Amt angetreten hat, wurden insgesamt 645 zusätzliche Planstellen geschaffen. Auch die Bezahlung von Sachverständigen haben wir erstmals nach langer Zeit erhöht. Sie machen aus unterschiedlichsten Bereichen mit ihrer Expertise Gerichtsprozesse erst möglich. So können wir für schnellere und gleichzeitig qualitätsvolle Verfahren sorgen.

Verteidigerkostenersatz auf sicheren Beinen [Budget, 18.10.2023]

Auch Freisprüche und Einstellungen können für die Betroffenen mit hohen Kosten verbunden sein. Wir erhöhen die Mittel für den Verteidigerkostenersatz von 2,4 Millionen auf 70 Millionen Euro. So sorgen wir für eine deutliche Verbesserung für Betroffene auch in komplexen und umfangreichen Verfahren.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Strategie zur Humanitären Hilfe [29.09.2023]

Immer mehr Menschen weltweit sind auf Humanitäre Hilfe angewiesen. Derzeit sind das rund 363 Millionen und damit jeder 22. Mensch auf der Welt. Mit uns Grünen in Regierungsverantwortung ist klar: Österreich nimmt seine globale Verantwortung wahr. Und dafür haben wir die Mittel vervielfacht. Beim Auslandskatastrophenfonds haben wir die Mittel in dieser Zeit auf 77,5 Millionen Euro im Jahr 2023 mehr als verfünffacht (2019 waren es nur 15 Millionen Euro). Diese Hilfe stellen wir auf eine strategische Basis. Mit dieser Strategie definieren wir Ziele, Zuständigkeiten und inhaltliche Schwerpunkte – und schenken damit Menschen in Krisenregionen Hoffnung auf ein besseres Leben.

Unterstützung für Klimaanpassung [OTS 09.12.2023]

Österreich nimmt seine Verantwortung im wahr: 35 Millionen Euro zusätzlich werden für die Bewältigung der Klimakrise in Ländern des globalen Südens bereitgestellt. Dieses Geld fließt in Anpassungsmaßnahmen für Klimaschäden und Frühwarnsysteme, die bei Flut- und Unwetterkatastrophen Leben retten können. Auch das World Food Programme wird damit unterstützt, das in Dürregebieten die Hungersnot bekämpft. Damit helfen wir konkret Menschen in jenen Ländern, die bereits heute massiv und am stärksten von der Klimakrise betroffen sind – und am wenigsten zur Erderhitzung beitragen. Denn nur mit Klimagerechtigkeit ist internationaler Klimaschutz möglich.

FRAUEN, GLEICHSTELLUNG & ZUSAMMENLEBEN

Erster Frauengesundheitsbericht seit 10 Jahren [16.02.2023]

Wir Grüne haben dafür gesorgt, dass es erstmals seit 10 Jahren wieder einen umfassenden Frauengesundheitsbericht in Österreich gibt. Denn die Medizin orientiert sich immer noch viel zu stark an Männern. Frauen werden dadurch systematisch übersehen – egal ob bei der Entwicklung von Medikamenten, bei spezifischen Mehrbelastungen oder bei der Diagnose von Krankheiten. So löst z.B. ein Herzinfarkt bei Frauen oft andere Symptome aus als bei Männern – und wird gar nicht erst erkannt. Auch sexistische Geschlechterrollenbilder führen oft zu Fehldiagnosen. Der Frauengesundheitsbericht ist die Grundlage dafür, dass Frauen in Österreich die medizinische Behandlung bekommen, die sie brauchen.

Unabhängige Ermittlungs- und Beschwerdestelle Misshandlungsvorwürfe Polizei [06.03.2023]

Wir sorgen für unabhängige und rasche Aufklärung, wenn Vorwürfe von Misshandlung durch die Polizei aufkommen. Eine neue Ermittlungs- und Beschwerdestelle wird künftig bei jedem Verdacht auf Polizeigewalt tätig. So schützen wir die Opfer von Polizeigewalt, beugen Übergriffen vor und stärken das Vertrauen in die Polizei. Multiprofessionelle Teams mit u.a. Psycholog:innen und Sozial:arbeiter:innen rücken die Betroffenen in den Mittelpunkt. Ein unabhängiger Beirat kontrolliert die Arbeit der Stelle, informiert die Öffentlichkeit und macht Vorschläge für Verbesserungen.

Freiwilligengesetz Neu: Mehr Geld, gratis KlimaTicket und weitere Verbesserungen [03.05.2023]

Das Engagement der vielen Freiwilligen in Österreich macht unsere Gesellschaft stark. Wir Grüne stärken, was uns stark macht. Dafür verbessern wir das Freiwilligengesetz rundum. Junge Menschen, die z.B. ein Freiwilliges Sozial- oder Umweltschutzjahr oder Gedenkdienst leisten, bekommen künftig mehr Geld und ein kostenloses KlimaTicket. Der neue Staatspreis für Freiwilligenarbeit sorgt für breit sichtbare Wertschätzung. Zusätzliche Unterstützung gibt es auch für die gemeinnützigen Organisationen – durch einen eigenen Energiekostenzuschuss und einfachere Regeln für die Absetzbarkeit von Spenden. Von diesen Verbesserungen haben wir als Gemeinschaft alle etwas.

Sichere Startwohnungen für gewaltbetroffene Frauen [06.06.2023]

Wir Grüne schaffen sicheren und gewaltfreien Raum für Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt geworden sind. Dafür bauen wir die schnell verfügbaren Startwohnungen in ganz Österreich aus. Insgesamt werden so 180 neue Plätze in Schutzeinrichtungen für Frauen und ihre Kinder entstehen. Zusätzliche 12 Millionen

Euro stellen wir dafür den Bundesländern bis 2027 zur Verfügung. Mit diesem Geld wird auch die begleitende Unterstützung zu diesen neuen Plätzen stark ausgebaut: Mindestens 4 Wochenstunden an Beratung und Betreuung für jede Frau. Auch das bereits bestehende Beratungsangebot zum Start in ein gewaltfreies Leben wird weiter ausgebaut. Wir Grüne setzen damit den nächsten großen Schritt im Gewaltschutz. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter, um die Gewaltspirale zu durchbrechen.

Gewaltambulanzen gehen an den Start [06.12.2023]

Wir bringen die Gewaltambulanzen in Österreich an den Start. Dort werden Betroffene kostenlos untersucht, versorgt und unterstützt. Verletzungen werden dokumentiert und Spuren gesichert. Das kann bei einem späteren Gerichtsverfahren für eine Verurteilung von Tätern entscheidend sein. So können wir weitere Gewalttaten verhindern und Frauen beim Schritt aus einer von Gewalt geprägten Beziehung helfen. Mit den ersten beiden Pilotprojekten in den Modellregionen Ost und Süd werden die Bundesländer Wien, Niederösterreich, Burgenland, Steiermark und Kärnten abgedeckt. Der rasche weitere Ausbau auf ganz Österreich noch im Lauf des Jahres 2024 ist bereits in Vorbereitung. Unser Ziel: Niederschwelliger Zugang für alle von Gewalt betroffenen Menschen in ganz Österreich. Kostenlos, 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr.

Kein Millimeter Platz für Hass: Reform Verbotsgesetz [07.06.2023]

Jede Form von NS-Verherrlichung und Antisemitismus ist ein Angriff auf unsere Demokratie und freie Gesellschaft. Deshalb gilt hier ganz klar: Null Toleranz, kein Millimeter Platz für Hass! Wir Grüne geben dem Verbotsgesetz Durchschlagkraft und passen es an die Gegebenheiten unserer Zeit an. Mit Nachschärfungen bei Hetze im Internet und der Verharmlosung von NS-Verbrechen, einer einfacheren Einziehung von NS-Devotionalien, Voraussetzungen für eine höhere Verurteilungsquote und dem automatischen Amtsverlust für rechtskräftig wegen Wiederbetätigung verurteilte Beamt:innen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert [23.06.2023]

Wir Grüne machen Familie und Beruf für alle besser vereinbar. Unser Ziel: Gleichstellung bei der Kinderbetreuung. Väter sollen möglichst früh und gerecht ihren Teil der gemeinsamen Verantwortung für ihre Kinder übernehmen. Dafür braucht es die richtigen Rahmenbedingungen. Deshalb haben wir das Gleichbehandlungsgesetz und den Diskriminierungsschutz ausgeweitet: So können alle Menschen, die sich um Kinder kümmern, ihre wichtigen Betreuungsaufgaben sorgenfreier wahrnehmen. Denn bisher haben viele Eltern Nachteile im Berufsleben befürchtet, wenn sie in Karenz gehen. Gleichzeitig haben wir Anreize geschaffen, damit mehr Väter Karenz nehmen:

Die maximale Karenzzeit von 24 Monaten gibt es nur noch bei einer Aufteilung auf beide Elternteile. Denn Kinderbetreuung ist die gemeinsame Verantwortung beider Eltern.

Geld für Papamonat verdoppelt [23.06.2023]

Mehr Väter sollen früh Verantwortung bei der Betreuung ihres Kindes übernehmen. Ganz wichtig dabei ist der sogenannte „Papamonat“, den im Jahr 2022 rund 9.200 Väter in Anspruch genommen haben. Wir Grüne finden: Da muss noch deutlich mehr gehen! Den ersten Schritt haben wir bereits im Jahr 2022 gesetzt: Das Geld für den Papamonat wird in der Karenz nicht mehr vom Kinderbetreuungsgeld abgezogen. Jetzt verdoppeln wir dieses Geld auf über 1.480 Euro im Monat. So können auch Familien mit wenig Einkommen den Papamonat in Anspruch nehmen, die sich das bisher schlichtweg nicht leisten konnten. Denn davon profitiert die ganze Familie: Beide Eltern und auch die Kinder.

Erleichterungen beim Spenden [06.07.2023, Update: 12.10.2023]

Gemeinnützige Organisationen und Vereine sind tragende Säule unseres Zusammenhalts. Spenden haben in Österreich eine lange Tradition. Allein im Jahr 2022 haben die Menschen in Österreich rund 900 Millionen Euro gespendet. Und jedes Jahr wird es etwas mehr. Diese Hilfsbereitschaft verdient noch stärkere Anerkennung. Wir weiten die Spendenabsetzbarkeit auf den gesamten gemeinnützigen Bereich aus. Ab 2024 werden u.a. die Bereiche Bildung, Sport, Kunst und Kultur begünstigt sein. Wir Grüne haben dafür gesorgt, dass auch Spenden für Umwelt- und Tierschutz erstmals von der Steuer abgesetzt werden können. Und wir sorgen für weitere Verbesserungen für die rund 2 Millionen ehrenamtlich tätigen Menschen in Österreich.

Mehr Förderung für jüdische Kultur und jüdisches Leben [25.07.2023]

Wir stärken jüdische Kultur und jüdisches Leben in Österreich. Wir haben die Förderung der Israelitischen Kultusgemeinde vor zwei Jahren erstmals im Gesetz verankert. Damit sichern wir ihr vielfältiges Engagement u.a. in Schulen, Synagogen, kulturellen und sozialen Einrichtungen sowie in vielen anderen Bereichen ab. Jetzt erhöhen wir diese Förderung von 4 Millionen Euro auf 7 Millionen Euro pro Jahr. Mit zusätzlichen 800.000 Euro unterstützen wir die Sanierung und Erhaltung des Währinger Jüdischen Friedhofs und bewahren dieses einzigartige kulturhistorische Erbe für die Zukunft. Die Republik Österreich kommt ihrer historischen Verantwortung und Verpflichtung für die jüdische Gemeinde nach. Wir sorgen dafür, dass die Vertreibung, Verfolgung und Ermordung von Jüd:innen während der NS-Herrschaft niemals in Vergessenheit gerät – und jüdisches Leben in Österreich aufblühen kann.

Wir erhöhen das Frauenbudget [Budget, 18.10.2023]

Auf der ganzen Welt werden Grundrechte bedroht, die lange von Frauen für Frauen erkämpft werden mussten. Nur wir Grüne setzen uns für eine Stärkung der Frauenrechte ein: Seit Beginn unserer Regierungsbeteiligung konnte das Frauenbudget jedes Jahr erhöht werden. 2024 stehen 33,6 Millionen Euro zur Verfügung – ein weiteres Plus von 9,3 Millionen Euro. Im Vergleich zu den verantwortungslosen Einsparungen unter Türkis-Blau wurde das Frauenbudget mit uns Grünen sogar mehr als verdreifacht.

Gewaltambulanzen finanziert [Budget, 18.10.2023]

Wir Grüne setzen einen weiteren großen Schritt für den Schutz von Frauen in Österreich: Die Einrichtung von Gewaltambulanzen ist finanziert. Dort werden Gewaltbetroffene kostenlos unterstützt und untersucht, Verletzungen werden dokumentiert und Spuren gesichert. Für ein späteres Gerichtsverfahren kann das entscheidend sein, damit es zu einer Verurteilung von Tätern kommt. Mit Gewaltambulanzen erleichtern wir Betroffenen den Ausstieg aus der Gewaltspirale und den Schritt hinaus aus einer von Gewalt geprägten Beziehung.

Opfer von homophoben Strafgesetzen: Volle Rehabilitierung & finanzielle Entschädigung [13.11.2023]

Liebe ist kein Verbrechen. Dennoch wurden homosexuelle Menschen in Österreich bis in die frühen Nullerjahre nur für ihre Liebe strafrechtlich verfolgt.

Justizministerin Alma Zadić hat sich 2021 bei allen Opfern dieses Unrechts entschuldigt, das viel Leid verursacht und ganze Existenzen zerstört hat. Alle diese Urteile werden jetzt aufgehoben. Alle zu Unrecht verfolgten Personen werden finanziell entschädigt. Sie erhalten 3.000 Euro für jedes aufgehobene Urteil, 1.500 Euro für jedes begonnene Jahr in Haft, 500 Euro für Verfahren, die eingestellt wurden oder zu einem Freispruch geführt haben und 1.500 Euro für damit verbundene schwere Nachteile. Das entstandene Leid kann dadurch nicht wieder gut gemacht werden. Als Staat Österreich übernehmen wir aber die Verantwortung für ein historisches Unrecht. Wir Grüne setzen damit den nächsten Schritt zur Aufarbeitung dieses dunklen und beschämenden Kapitels der Zweiten Republik.

Neuerungen im Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus [OTS, 24.11.2023]

Der 1995 gegründete Nationalfonds für die Opfer des Nationalsozialismus hatte in den ersten Jahrzehnten vor allem die Aufgabe, Gestezahlungen an die Überlebenden des Nationalsozialismus zu vergeben. Viel zu spät hat Österreich hier die Initiative ergriffen und bis heute an rund 31.000 Personen Auszahlungen vorgenommen. Wir sorgen dafür, dass der Nationalfonds wichtige neue Aufgaben übernimmt.

Verantwortung zu übernehmen ist gerade in Zeiten wichtig, in denen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Antiziganismus massiv zunehmen. zusätzliche Unterstützung für Personen, die Gedenkdienst in Gedenkstätten im Ausland mit hohen Lebenshaltungskosten absolvieren. Sie werden je nach Standort bis zu 400 Euro zusätzlich erhalten. Viel zu lange wurden Sinti:zze und Rom:nja als Opfergruppe ignoriert und nicht anerkannt. Wir haben einen Meilenstein für Sinti:zze und Rom:nja erreicht. Unsere jahrelangen Kämpfe, endlich ein Mahnmal für diese Gruppe zu errichten, haben sich damit gelohnt. Weitere wichtige Punkte sind unter anderem die dauerhafte Finanzierung der Österreich-Ausstellung in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, Austauschprogramme für Jugendliche zwischen Österreich und Israel und Programme zwischen anderen Gruppen wie zum Beispiel Sinti:zze und Rom:nja sowie Verbesserungen im Friedhofsfonds, dessen Kosten künftig zu drei Vierteln der Nationalfonds übernimmt.

Gleichgeschlechtliche Elternschaft gesetzlich gleichgestellt [OTS 15.12.2023]

Wir Grüne haben ein langjähriges Ziel umgesetzt: Gleichstellung bei der Anerkennung der Elternschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Jedes Kind, das innerhalb einer Ehe oder eingetragenen Partnerschaft geboren wird, hat dadurch endlich auch im Gesetz zwei Elternteile. Ganz egal, wie das Kind gezeugt wurde und ob die beiden Eltern verschieden- oder gleichgeschlechtlich sind. Das Sorgerecht muss damit nicht mehr extra beantragt oder gar „bewiesen werden. Für viele Familien schaffen wir so Gerechtigkeit und die Anerkennung, die allen Familien zusteht.

GEMEINDEN & WOHNEN

Schutz vor Wohnungsverlust [16.01.2023]

Jeder Mensch hat das Recht auf eine warme Wohnung. Hohe Nachzahlungen für Strom, Gas und Fernwärme haben viele Menschen unerwartet in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Deshalb haben wir den erfolgreichen „Wohnschirm“ zusätzlich zu einem „Energieschirm“ gemacht. Neben Rückständen bei der Miete oder den Betriebskosten bieten wir so auch Hilfe bei angestauten Energiekosten und hohen Vorauszahlungen. So können Menschen, die von einer Delogierung bedroht sind, ihre Wohnung behalten und auch warmhalten. Statt ursprünglich 24 Millionen Euro haben wir die Mittel dafür auf insgesamt 134 Millionen Euro bis 2026 erhöht.

Mietpreisdeckel: Aufatmen bei den Wohnkosten [11.12.2023]

Wir Grüne haben hart gekämpft und uns durchgesetzt: Der Mietpreisdeckel bringt 2,5 Millionen Menschen in Österreich eine nachhaltige Wohnkostenentlastung – Monat für Monat. Ab 2024 gilt: Für zwei Jahre keine Mieterhöhung über 2,5 % pro Jahr, alle weiteren Mieterhöhungen pendeln sich bei 5 % ein. Diese Preisgarantie gilt für alle Genossenschaftswohnungen, Richtwertwohnungen und Kategoriewohnungen. Das sind drei Viertel aller Wohnungen in Österreich. Auch auf lange Sicht beugen wir sprunghaften Anstiegen bei den Mieten vor. Denn ab 2027 fallen Jahre mit einer besonders hohen Inflation nicht mehr so stark ins Gewicht – und ab einem Wert von 5 % zahlen Mieter:innen nur die Hälfte des Anteils, der über 5 % liegt. Wir Grüne kämpfen weiter auf allen Ebenen für nachhaltig leistbares Wohnen. Nach der Abschaffung der Makler:innengebühr, den erhöhten Wohnzuschüssen und dem Wohnschirm setzen wir mit dem Mietpreisdeckel den nächsten wichtigen Schritt.

Leistbares, klimafittes und bodenschonendes Wohnen [FAG Zukunftsfonds, 22.11.2023]

Wohnen muss für alle Menschen leistbar sein. Dafür kämpfen wir Grüne auf allen Ebenen. Wir sorgen dafür, dass die Länder mehr Geld für Verbesserungen beim Wohnen bekommen – und alte Gebäude klimafit saniert werden können. 300 Millionen Euro zusätzlich gibt es jetzt dafür pro Jahr aus dem Zukunftsfonds. Dieses Geld muss für leistbaren Wohnraum eingesetzt werden: mehr Förderung für gemeinnützigen Wohnbau, eine klimafitte Sanierung und eine bessere Nutzung des bestehenden Wohnraums. Und dabei muss besonders auf den Bodenschutz geachtet werden. Damit bereits versiegelte Flächen besser genutzt werden, bevor noch mehr zubetoniert wird. So schützen wir wertvolle Grünflächen.

MEDIEN

Medienreform: Qualitätsförderung, Inseratentransparenz, Wiener Zeitung [30.03.2022]

Wir Grüne stärken die Vielfalt und Unabhängigkeit der österreichischen Medienlandschaft mit einer umfassenden Reform. Wir sorgen für eine grundlegend neue Medienförderung - weg von der Förderung bedruckten Papiers, hin zur Förderung redaktioneller journalistischer Arbeit. Bei öffentlichen Inseraten sorgen wir für volle Transparenz ab dem ersten Euro. Nachdem der Wiener Zeitung ihre wirtschaftliche Grundlage durch eine EU-Richtlinie entzogen wurde, die Österreich umsetzen musste, haben wir die Traditionszeitung mit einem Zukunftsmodell gerettet – mit dem garantierten Fortbestand einer Printausgabe, dem Umbau zu einem starken digitalen Medium und mit neuen Aufgaben.

Das ORF-Paket: Faire Finanzierung und neue digitale Angebote [26.04.2022]

Eine demokratische Gesellschaft braucht eine starke, unabhängige und vielfältige Medienlandschaft. In den vergangenen drei Jahren konnten wir Grüne mehr öffentliches Fördergeld für den privaten Medienbereich bereitstellen als jemals zuvor. Jetzt stärken wir den ORF für seine wichtigen Aufgaben und machen ihn fit für die Zukunft. Das umfassende ORF-Paket, das jetzt in Begutachtung geht, sorgt für eine faire Finanzierung, die für jede:n Einzelne:n günstiger wird, und schafft neue digitale Möglichkeiten.

KUNST, KULTUR & SPORT

Stipendien für Künstler:innen erhöht [OTS 28.12.2022]

Das Kulturministerium erhöht vor dem Hintergrund der aktuellen Teuerungsrate nach 2020 zum zweiten Mal in der aktuellen Legislaturperiode die monatliche Höhe seiner Stipendien für Künstlerinnen und Künstler. Konkret wird die Mindesthöhe der Stipendien von 1.400 Euro pro Monat auf 1.500 Euro pro Monat angehoben. Das betrifft 703 der insgesamt 922 Stipendien, die das Ressort jährlich vergibt. Insgesamt werden damit im Jahr 2023 rund 5,18 Mio. Euro für Stipendien aufgewendet – gegenüber 2022 ist das ein Plus von 265.000 Euro. Bereits 2021 wurde das Gesamtvolumen für Stipendien um 1,1 Mio. Euro erhöht. „Stipendien sind die unmittelbarste Form von Kunstförderung, die wir als Kulturpolitik zur Verfügung haben“, sagt Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer. „Diese Gelder kommen direkt bei den Künstlerinnen und Künstlern an. Gerade deshalb ist es wichtig, auch in diesem Bereich Schritte gegen die Teuerung zu setzen.“

ORF-Paket: RSO, Kinderprogramm, ORF Sport + [26.04.2023]

Im Zuge der ORF-Reform haben wir Grüne auf allen Ebenen dafür gesorgt, dass der ORF nicht an der falschen Stelle spart: bei seinem wichtigen Auftrag für Kunst, Kultur, Bildung und Sport. Das Radiosymphonieorchester ist ein wichtiger Bestandteil der österreichischen Musikszene und war historisch immer wieder von Sparplänen bedroht. Wir haben den Fortbestand des RSO gesetzlich abgesichert und festgeschrieben. Der ORF hat den Auftrag erhalten, mehr Qualitätsprogramm für Kinder und Jugendliche zu produzieren. Und wir erhalten erhalten die Inhalte von ORF Sport + langfristig und über neue digitale Verbreitungsmöglichkeiten – für eine breite Sichtbarkeit der österreichischen Sportlandschaft und viele weitere Verbesserungen.

Klare Regeln für die Aberkennung von Ehrenzeichen [05.06.2023]

Wer gegen Grundwerte verstößt, darf sich nicht mit Ehrungen der Republik brüsten. Bisher war eine Aberkennung von Ehrenzeichen nur schwer bis gar nicht möglich. Das ändern wir jetzt. Wir Grüne schaffen erstmals klare Regeln zu einer Aberkennung von Ehrenzeichen – auch nach dem Tod. Bei bestimmten Verurteilungen sollen Ehrenzeichen automatisch widerrufen werden. Sexualstraftaten, Gewaltverbrechen, Wiederbetätigung und andere Handlungen sind einfach nicht mit den höchsten Würdigungen vereinbar. Die Republik kann künftig auch verstorbenen Träger:innen von Ehrenzeichen die Würdigung entziehen. Österreich hat eine besondere Verantwortung im Umgang mit unserer Vergangenheit. Wir können damit kein Leid ungeschehen machen. Aber wir können es Opfern und ihren Hinterbliebenen ersparen, dass die Täter sich weiterhin mit höchsten Auszeichnungen schmücken

dürfen. Fehleinschätzungen der Vergangenheit werden jetzt klar benannt und korrigiert.

Wir stärken Kunst und Kultur [Budget, 18.10.2023]

Andere Länder sparen als Erstes bei Kunst und Kultur. Mit uns Grünen steigt das Kulturbudget des Bundes das vierte Jahr in Folge – auf einen historischen Höchstwert von 668,8 Millionen Euro für 2024. Das sind 48,6 Millionen Euro mehr als 2023. Damit sichern wir einerseits die wichtigsten Kulturinstitutionen des Landes ab und schaffen andererseits Raum für neue Akzente in der zeitgenössischen Kunst. Noch nie wurde in Österreich so viel Geld in Kunst und Kultur investiert wie unter Grüner Regierungsbeteiligung – und das ist gut und richtig so.

Novelle Denkmalschutzgesetz [16.11.2023]

Wir Grüne erneuern das 100 Jahre alte Denkmalschutz-Gesetz und machen es fit für die nächsten 100 Jahre. So schützen wir Kultur und Natur. Wir ermöglichen Klimaschutz-Maßnahmen bei geschützten Gebäuden. Wir schaffen eine neue Pflicht zum Erhalt, damit alte Häuser nicht absichtlich verfallen gelassen werden. Gleichzeitig gibt es dafür 2024 zusätzliche 6 Millionen Euro an Förderungen. Wir machen mehr Kulturgüter für die Öffentlichkeit zugänglich und beheben alte Problemstellen im Gesetz. Bestehende Gebäude nützen heißt Umwelt, Klima und Boden schützen. Genau das tun wir mit dem neuen Denkmalschutz-Gesetz und setzen damit auch Forderungen des Klimarats um. Die wichtigsten Infos findest du im Anhang.